Mittwoch, 6. April 1932
Nr. 81. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

60–70 Millionen ohne Arbeit

Was der Direktor des Internationalen Arbeitsamts berichtet

Der Welthandel schrumpft weiter

Genf, 4. April 1932.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, weist in seinem Hauptbericht für die am 12. April zusammentretende Internationale Arbeitskonferenz an Hand eingehenden statistischen Materials auf die außerordentliche Verschärfung der Weltwirtschaftskrise in den letzten Monaten hin. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird für Ende 1931 mit 20 bis 25 Millionen geschätzt;

insgesamt seien gegenwärtig 60 bis 70 Millionen Menschen ohne Beschäftigung.

Ein Beweis für die Verschärfung der Wirtschaftskrise sei die Entwicklung der Großhandelspreise in den Hauptindustriestaaten. Der Rückgang des internationalen Handels wird in dem Bericht für 48 Staaten auf 63 Milliarden Goldfranken gegenüber 1929 berechnet. Ferner wird auf den außerordentlichen Rückgang des nationalen Einkommens in einzelnen Ländern hingewiesen. In den Vereinigten Staaten sei danach das nationale Einkommen im Jahre 1931 um 32 Prozent gegenüber 1929 zurückgegangen. Das nationale Einkommen in Deutschland wird auf 50 bis 60 Milliarden RM. im Jahre 1931 gegenüber 76 Milliarden RM. im Jahre 1929 geschätzt. Thomas untersucht dann die Ursachen der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und hebt dabei hervor, daß die Regierungen infolge der Krise gezwungen worden seien, rücksichtslos handelspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Ferner hätten die politischen Unruhen des letzten Jahres wesentlich zur Verschärfung der Krise beigetragen. Die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens sei von allergrößter Wichtigkeit.

*

Der Ruf nach Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, den übrigens auch Lerynot auf der Berner Tagung des IGB in Bern ausgestoßen hat, verrät nur die völlige Ratlosigkeit, mit der die kapitalistischen Aerzte der herrschenden Krise gegenüberstehen. Denn natürlich ist die bestehende Störung dieses Vertrauens zum entscheidenden Teil eine Folge der Krise, die in ihrem Fortgang fortwährend neue Komplikationen herbeiführt. Es sei hier nur an all die Zoll- und Devisenmaßnahmen erinnert, zu denen die einzelnen Staaten zwecks Schonung des eigenen Marktes bzw. Sicherung der Währung Zuflucht nehmen und die die kapitalistische Weltwirtschaft immer mehr in ihre nationalen Bestandteile auflösen. Wer darum die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens in den Vordergrund rückt, verwechselt Ursache mit Wirkung oder aber er will die Oeffentlichkeit bewußt davon abhalten, Hand an die wirkliche Wurzel der Krise zu legen. Diese Wurzel aber ist nichts anderes als das kapitalistische Wirtschaftssystem und ausrotten kann sie nur die Arbeiterklasse, da sie allein durch die Beseitigung des Kapitalismus nichts zu verlieren, wohl aber alles zu gewinnen hat.

Verschärfung des tschechischen Bergarbeiterstreiks

Der Bergarbeiterstreik im größten tschechischen Kohlenrevier in Brüx geht allen Abwürgungsversuchen der Regierung und der sozialdemokratischen Gewerkschaften fast geschlossen weiter. Die gewaltsame Auflösung der unter Führung der Kommunisten stehenden Streikleitung durch die Regierung hat nach den vorliegenden Meldungen nur streikverschärfend gewirkt. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Bergarbeiter und Funktionäre widersetzen sich den Anweisungen ihrer Gewerkschaftsführung, die selbstherrlich den Streik für beendet erklärte. Die streikenden Arbeiter der verschiedenen politischen Richtungen stehen zusammen im Streik und haben gemeinsam eine neue Streikleitung gewählt.

Wenn die Hugenberg-Tel.-Union die Meldung verbreitet, daß die Kommunisten mit dem deutschnationalistischen Bergarbeiterverband zusammen den Streik führen, so ist das offensichtlich falsch, die deutschen Nationalsozialisten spielen keine oder höchstens eine ganz untergeordnete Rolle.

Ueber die letzten Vorgänge liegen folgende Meldungen der bürgerlichen „Prager Presse" vor:

Brüx, 4. April. Gestern, Sonntag, fand im Brüxer Schützenhaus eine Revier-Einheitskonferenz der nordwestböhmischen Bergarbeiter statt, die von fast 800 Delegierten der Streikausschüsse und Revierräte sowie der Gewerkschaftsorganisationen von 85 Schächten beschickt war. Die Hauptreferate erstatteten die Kommunisten Zápotocky und Malik. Die Konferenz wählte einen 50gliedrigen Vertrauensmännerausschuß, dessen Mitglieder sämtlichen Gewerkschaftsverbänden angehören und faßte den Beschluß, morgen, Dienstag nachmittag in Brüx ein Zentralstreikmeeting zu veranstalten, das von den Streikenden der Reviere Außig bis Kaaden beschickt werden soll. Den Hauptbericht bei dieser Konferenz soll der ehemalige Arbeiterminister Dr. Vrbensky erstatten. Die Konferenz hat gleichzeitig Maßnahmen zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei diesem Massenmeeting getroffen.

In die Debatte griffen auch Mitglieder der koalierten Bergarbeiterverbände mit der Erklärung ein, daß sie entgegen den Weisungen ihrer Organisationen aus den Streikausschüssen nicht austreten wollen, weil der Kampf der Bergarbeiter nicht der Kampf einer Partei oder Gewerkschaft sei, sondern ein Kampf für die gemeinsame Sache. Die Konferenz schloß mit der Annahme einer begeistert aufgenommenen Resolution.

In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Konferenz erhebt ferner nachdrücklich Protest gegen die Auflösung des Streikausschusses und gegen das Vorgehen der koalierten Verbände, deren Führer versuchten, die Liquidierung des Streikes durchzusetzen; sie dankt allen Arbeiterdelegierten dieser Organisationen, die sich für das Ausharren im Streike aussprachen. Die Konferenz betraut den Industrieverband der Bergarbeiter und den deutschsozialistischen Bergarbeiterverband mit der weiteren Verteidigung ihrer aufgestellten Forderungen. Sie erklärt, daß der Streik ein Werk aller Bergarbeiter ist, die sich in einheitlicher Front ohne Unterschied ihrer politischen Zugehörigkeit vereinigt haben. Die Konferenz betont weiter, daß die Bergarbeiter jeden Augenblick bereit sind, über ihre Forderungen zu verhandeln und auch bereit sind, den Streik zu beenden. Die Beendigung des Streikes kan aber nur auf der Grundlage fester Garantien, daß nicht entlassen und die Existenz der Bergarbeiter nicht vernichtet wird, durchgeführt werden".

Wem frommen die Hindenburg-Stimmen?

Hindenburg, die Hoffnung der Imperialisten

Der zweite Wahlgang um die Präsidentenschaft hat mit einer beispiellosen Wucht eingesetzt. Ueberall sind schon am ersten Tage die größten Kanonen aufgezogen worden, um die Massen aufzurütteln. Besonders heftig tobt der Kampf um die Gunst der Wähler zwischen der Hindenburg- und Hitlerfront. Zwar besteht für den Evangelisten des dritten Reichs auch nicht die geringste Chance, es mit dem Erkorenen der „Eisernen Front", dem Generalfeldmarschall Hindenburg, aufzunehmen. Hindenburgs Stimmenvorsprung ist derart gewaltig, daß er auch durch eine noch so rührige Reklame nicht aufgeholt werden kann. Wenn dennoch die um Hindenburg alle Kräfte mobilisieren und den Wahlkampf unter dem Motto „Mehr Stimmen für Hindenburg" inszenieren, so müssen hierfür besondere Ueberlegungen mitbestimmend sein. Wo diese zu suchen sind, hat der Reichskanzler Brüning in seiner Karlsruher Rede mit aller nur dankenswerten Offenheit dargelegt. Brüning sagte:

„Ich spreche es scharf und offen aus: Der Reichspräsident von Hindenburg muß am nächsten Sonntag einen starken Stimmenzuwachs erhalten. Er muß ihn haben, damit in den Auseinandersetzungen und Verhandlungen der nächsten Wochen, die über deutsche Zukunft und deutsches Geschick auf Generationen entscheiden werden, mit ihm und von ihm getragen, eine Reichsregierung dasteht, die sagen kann: Hinter unseren Angelegenheiten steht nicht nur die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes. Bis in das letzte Dorf muß Aufklärung geschaffen werden, daß wir nicht nur Deutschland vom Untergang retten können, sondern daß wir auch die Grundlagen außenpolitischer Freiheit und Gleichberechtigung erlangen können."

Das ist die offene Ankündigung der großen Offensive des deutschen Imperialismus, ist die Erklärung des Kriegszustandes gegenüber allen Kräften und Mächten, die dem Expansionsdrang des deutschen Kapitalismus und den Aufrüstungsbestrebungen seiner Generäle entgegenstehen. Ueber diese Absichten hat Brüning — wenigstens in der letzten Zeit — so wenig einen Zweifel gelassen wie der Reichswehr- und Innenminister Groener oder Hindenburg. Insofern brauchen wir uns mit der Brüning-Rede nicht besonders auseinanderzusetzen. Wenn wir gleichwohl diesen Passus der Rede wörtlich zitieren, so weil wir meinen, daß er deutlicher als alle sonstigen Aeußerungen den Weg zeigt, den alle jene beschreiten, die für Hindenburg stimmen, und weil wir noch immer meinen, daß dies wohl der Weg ist, den bewußt auch die Führer der Eisernen Front, niemals aber die Arbeiter beschreiten wollen, die in dieser Front marschieren. Diesen Massen müßten darum gerade die Worte Brünings eine eindringliche Mahnung sein. Nicht Hindenburg noch Hitler kann die Parole, sondern ihr Wahlwort muß heißen: **Gegen Hindenburg und gegen Hitler für den Arbeiterkandidaten. Nicht: Mehr Stimmen für Hindenburg, sondern:**

Mehr Stimmen für Thälmann!

Der Schrei nach Frieden

Pariser Proleten gegen das Kapital

In allen Teilen von Paris veranstalteten Arbeiter und Arbeiterinnen Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg. Viele entlassene Angestellte schlossen sich dem Zuge an, der vor das Gefängnis St. Lazare zog. Man hörte Rufe: „Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Friede!" Unter Absingung der Internationale zogen die Arbeiter zum Nordbahnhof. Vor verschiednen Fabriken — darunter die bekannten „Renault" und „Citroën" — kam es ebenfalls zu stürmischen Friedenskundgebungen. Vor der Pariser Zeitung „Le Journal" konnte man folgenden Anschlag lesen: „Dieses schändliche Blatt der kapitalistischen Regierung will mit seinen Angriffen die Sowjets besudeln, bei denen die Arbeitslosigkeit verschwunden ist. Die Schurken wollen den Krieg!"

Nach dem Parteitag

Zum Vormarsch

Von Max Seydewitz

Der hinter uns liegende erste Parteitag der Sozialistischen Arbeiter-Partei hat in programmatischer und politischer Beziehung die notwendige Klärung und die Grundlage geschaffen für den Vormarsch und das im Interesse des gesamten Proletariats notwendige erfolgreiche Wirken unserer Partei. Die von der übergroßen Mehrheit angenommene Prinzipien-Erklärung und das Aktionsprogramm bedeuten zweifellos einen Schritt vorwärts, sie sind der äußere Ausdruck für den fortschreitenden Klärungsprozeß und die Linksentwicklung der Sozialistischen Arbeiterpartei, für die es kein Zurück mehr gibt zur Sozialdemokratie, sondern nur noch der Vormarsch zu der sich von Tag zu Tag mehr bewährenden revolutionären Massenpartei, die Führerin sein wird im Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

*

Prinzipien-Erklärung und Aktionsprogramm haben die Marschlinie und die Marschrichtung der Partei für die nächste Zeit festgelegt, besonders auch das Aktionsprogramm muß die Plattform für unsere tägliche politische Arbeit und für die Mobilisierung der Massen für konkrete Aufgaben werden. Unser Aktionsprogramm, das mit den reformistischen Illusionen gründlich aufräumt, ist sehr positiv und gibt den proletarischen Massen in dieser Zeit des immer weiteren Anschwellens der faschistischen Bewegung zündende und doch reale, positive Parolen. Nur eines sei zum Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung aus unserem Aktionsprogramm zitiert:

„Die Sozialistische Arbeiter-Partei stellt der demagogischen Naziparole der Aufrichtung des Dritten Reiches und der arbeiterfeindlichen Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie die Kampflosung des Proletariats entgegen: **„Her mit der Arbeiterregierung!"** Eine Arbeiterbewegung kann sich nicht stützen auf das Parlament und parlamentarische Evolutionen. Ihre Macht muß sich aufbauen auf den Organisationen und Kampforganen der Arbeiterklasse, auf revolutionären Arbeiterräten, den proletarischen Wehrverbänden, den Kampfverbänden rebellierender Mittelschichten und Kleinbauern, die gegen den Faschismus stehen."

Will das Proletariat die Machtergreifung des Faschismus hindern und den Faschismus schlagen, so muß der Kampf organisiert werden auf den realen außerparlamentarischen Machtpositionen des Proletariats, so muß in außerparlamentarischen Aktionen die proletarische Klassenfront gebildet werden, die in dieser geschichtlichen Periode die Voraussetzung ist für den erfolgreichen Kampf der Arbeitrklasse, und für deren Schaffung zu wirken, eine der vornehmsten Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei ist. Wenn die Arbeiterklasse ihre Kämpfe nach den Rezepten der sozialdemokratischen Führung nur auf dem Boden dieses bankrotten parlamentarischen Systems führt, wenn sie ihre Kampflosungen preisgibt nach der Feststellung, daß sie wegen der Dummheit der Wähler keine parlamentarische Mehrheit für die Durchsetzung dieser Kampflosungen hat, dann bedeutet das die kampflose, bedingungslose Kapitulation vor dem Faschismus und der mit Hilfe dieses Faschismus immer schärferen Druck auf die Arbeiterklasse ausübenden herrschenden kapitalistischen Klasse. Die von den sozialdemokratischen Führern oft sehr laut verkündete Forderung „Staat greif zu!" hat die Massen zu Hoffnungen veranlaßt auf eine Institution, von der das Proletariat nichts zu hoffen hat. Diese Forderung hat die Massen passiv gemacht und zu der pessimistischen Auffassung gebracht, daß gegen den Faschismus kein Kraut mehr gewachsen sei. Das Aktionsprogramm der Sozialistischen Arbeiter-Partei wendet sich gegen diesen Pessimismus und diese Passivität, das Aktionsprogramm der Sozialistischen Arbeiter-Partei sagt den Massen, daß sie von diesem Staat nichts mehr zu erwarten haben, es sagt den Massen, daß sie selber sich helfen müssen, und hämmert ein die Parole: **„Prolet greif zu!"** Diese Parole ist die Kampflosung der Sozialistischen Arbeiter-Partei bei allen politischen Aktionen, auch bei den jetzt bevorstehenden parlamentarischen Wahlen, und die Aufgabe der Mitkämpfer unserer Partei ist, diese Parole in die Köpfe aller Proletarier zu hämmern.

*

Diese Parole der Sozialistischen Arbeiter-Partei führt zwangsläufig zum gesteigerten Kampf für die Bildung der proletarischen Klassenfront, für die Arbeiterfront gegen den Faschismus, für deren Herstellung zu wirken der Parteitag ein einmütiges Bekenntnis abgelegt hat. Klassenfront mit Kommunisten und Sozialdemokraten, mit allen, die bereit sind zum Kampf für die energische Wahrnehmung der proletarischen Klasseninteressen. Einmütig war aber auch der Parteitag in der Auffassung, das unsere Partei nicht in der Einheitsfrontaktion untergehen darf, daß wir die notwendige Klassenfront nicht schaffen durch die schönsten Reden, sondern nur dann, wenn wir als Partei eine Macht geworden sind, die auf die anderen proletarischen Parteien einen Druck ausüben und diese zur Bildung der im Interesse des Proletariats notwendigen Arbeiterfront zwingen kann. **Darum steht im Klasseninteresse für jeden von uns die besondere Verpflichtung, alle Kraft einzusetzen für die Durchsetzung, die Erstarkung und die Aktionsfähigkeit unserer Sozialistischen Arbeiter-Partei.** Daß diese Erkenntnis in unserer Partei in stärkstem Maße vorhanden ist und daß diese Erkenntnis in der kurzen Zeit unseres Bestehens trotz mancher Kinderkrankheiten der ersten Zeit **eine lebendige, von innen her ehrliche Treue zu dieser notwendigen revolutionären, marxistischen Arbeiterpartei offenbarte,** war eines der schönsten und stärksten Erlebnisse dieses Parteitages.

*

Aus nicht berechtigter Sorge um die Meinungsfreiheit und Diskussionsfreiheit in der Partei hat die Genossin Anna Siemsen auf dem Parteitag im Auftrage mehrerer Genossen die Erklärung verlesen, von der in dieser Erklärung selbst gesagt wird, daß sie diese abgaben „zwecks Sicherung der innerparteilichen Demokratie und Diskussionsfreiheit". Diese Erklärung, die nicht in allen Teilen glücklich formuliert ist, ist von der sozialdemokratischen Presse so kommentiert worden, als sei mit dieser Erklärung eine Abspaltung von der SAP vorgenommen worden. Da war bei der sozialdemokratischen Presse wieder einmal zu sehr der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Unterzeichner denken nicht an diese Abspaltung, sie rennen aber auch offene Türen ein, denn die erdrückende Mehrheit des Parteitages hat bekundet, daß **Meinungsfreiheit und Diskussionsfreiheit in der SAP unangetastet bleiben, daß aber Prinzipien-Erklärung und Aktionsprogramm nicht nur eine Diskussionsgrundlage sind, sondern Marschlinie und Marschrichtung der SAP in der notwendig geschlossenen Aktion der Partei nach außen festlegen.**

Die feste Grundlage ist geschaffen, und nun marschieren wir vorwärts! Ohne Zaudern und ohne Zögern, ohne bedenklich und ängstlich rückwärts zu schauen, mit festem Schritt und klarem Blick vorwärts! Immer weiter vorwärts!

Moskauer Prozeß gegen die Terroristen

Am Montag begann in Moskau unter großer Anteilnahme der Bevölkerung der Prozeß gegen den Terroristen Stern, der unter Anklage steht, das Attentat auf den deutschen Botschafter von Twardowski begangen zu haben. Interessant ist, daß der polnische Gesandte Patek den Volkskommissar des Aeußeren, Litwinow, ersucht hat, einen Vertreter der polnischen Gesandtschaft zu den Verhandlungen im Prozeß gegen Stern und Wassiljew zuzulassen. Es ist selbstverständlich, daß Polen und sein Verbündeter, Frankreich, ein großes Interesse an dem Attentat haben mußten, da ein Bruch zwischen Moskau und Berlin den Westmächten ein Signal dafür sein mußte, daß das letzte Hindernis zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetunion beseitigt ist. Nach der Anklageschrift ist Sterns Komplize, Wassiljew, der Ansicht gewesen, daß der Kampf gegen die UdSSR nur vom Westen her eingeleitet werden kann.

Es wird dann das Bestehen einer geheimen Terrororganisation unter der Führung Ljubarskis erwähnt. Diese habe im Jahre 1928 einen Inspekteur der Roten Armee, Schaposchnikow, getötet. Die Frau Ljubarskis, die an diesem Anschlag teilgenommen habe, sei am 9. August 1929 zusammen mit ihrem Neffen von der OGPU zum Tode verurteilt und erschossen worden. Ljubarski, der im Dienste der polnischen Armee stehe, sei mehrfach nach Moskau gekommen, um dort Terrorakte gegen die Sowjetregierung anzuzetteln. Er habe im Falle Schaposchnikow den Tätern versprochen, ihnen zur Flucht nach Polen zu verhelfen. Die Anklageschrift erwähnt dann weiter einen Zeugen Jelidowisch, den Bruder der Frau des weißgardistischen Generals Denikin. Jelidowisch soll im Jahre 1929 in den Dienst der Roten Armee getreten sein. Dabei habe er verheimlicht, daß er polnischer Staatsbürger sei. Jelidowisch habe Wassiljew für den Kampf gegen die Sowjetunion gewonnen.

Die Anklageschrift zählt dann die einzelnen Anklagepunkte auf. Gegen Stern wird Anklage wegen Gegenrevolution sowie wegen des Versuches, die Sowjetregierung zu stürzen, erhoben. Weiter wird er sich wegen Vorbereitung des Attentats auf den deutschen Botschafter sowie wegen des Anschlags auf den Botschaftsrat zu verantworten haben. Die Anklage gegen Wassiljew, der als Urheber des Anschlags betrachtet wird, lautet ähnlich.

Nach der Anklageverlesung begann die Vernehmung der Angeklagten. Der Gerichtshof beschloß, über die Beziehungen der Angeklagten zu den ausländischen Terrorgruppen in geheimer Sitzung zu verhandeln.

„Damit wieder Ordnung herrscht"

Die Berliner Sozialdemokratie eröffnete den zweiten Wahlgang für die Präsidentschaft mit dem Polizeipräsidenten Grzesinski mit einem — wie der offenbar sehr verlegene „Vorwärts" mitteilt, „ansehnlichen und sehr erfreulichen Besuch". Weniger „ansehnlich" und „erfreulich" war, was der Redner offenbarte. Zunächst sang er ein Hohelied auf den 13. März, den er als einen Sieg der Republik feierte, da er den Beweis erbracht habe, „daß trotz aller Not der Zeit die Reaktion eine Minderheit darstellt", um dann also fortzufahren:

„Lob, Hochachtung und Anerkennung gebührt den Männern und Frauen, bei denen am 13. März die Vernunft stärker war als irgendwelche Gefühle! Nicht das erstemal rettete die Sozialdemokratie Reich und Volk. Im Weltkrieg leisteten, getreu dem Worte Bebels, die sozialdemokratischen Arbeiter an Aufopferung und Gemeingeist Unendliches. 1918 und 1920 hüteten die vielgeschmähten Gewerkschaftsbonzen Deutschland. Sie überwanden den Kapp-Putsch 1920 und den Hitler-Putsch 1923."

Das mit der Treue zu dem Bebelschen Wort stimmt nicht ganz. Nie war dieses so gemeint gewesen, daß es als ein Freibrief dafür aufgefaßt werden konnte, die proletarischen Interessen an die Bourgeoisie zu verkaufen. Aber das mit dem Kapp-Putsch stimmt. Diesen hat die Arbeiterschaft überwunden, aber die Sozialdemokratie hat diesen Sieg wieder preisgegeben, denn wäre dem nicht so, dann brauchte Grzesinski heute nicht die Fanfare für Hindenburg zu blasen. Aber mit der historischen Wahrheit nimmt es der Berliner Polizeipräsident offenbar in diesem Wahlkampf nicht sehr genau. Anders wäre es beispielsweise auch nicht zu erklären, wie er sich zu der Aeußerung verstehen konnte: „Im zweiten Wahlgang muß Hitler entscheidend geschlagen werden, damit wieder Ordnung herrscht." Hat denn Hitler die „Ordnung" allein gestört. Ist nicht vielmehr alles in Unordnung, weil die kapitalistische Wirtschaft in Unordnung geraten ist? Das bestätigt doch heute jeder Sozialdemokrat und Gewerkschafter. Nur der Berliner Polizeipräsident und Sozialdemokrat Grzesinski hat im Drange seiner Geschäfte diese Zusammenhänge offenbar noch nicht begriffen.

Immer noch Illusionen über Groener

Im Reichsministerium des Innern fand heute, nach der Rückkehr des Ministers Groener vom Osterurlaub, eine Chefbesprechung statt, in der zum ersten Male das vom preußischen Innenministerium gesichtete und gesammelte Material über hochverräterische Absichten und Vorbereitungen der NSDAP vorliegt, sowohl bezüglich der SA-Beteiligung für die Nacht des 13. auf den 14. März, als auch über die unabhängig von diesem Vorgang festgestellten reinen Bürgerkriegsvorbereitungen.

In der Besprechung, die zur Mittagsstunde noch fortdauerte, sind, wie wir erfahren, auch die von der Bayerischen Staatsregierung festgestellen illegalen Vorbereitungen der NSDAP zur Sprache gekommen, die eine womöglich noch gravierendere Sprache sprechen, als die in Preußen festgestellten Maßnahmen.

In preußischen Regierungskreisen erwartete man noch am Dienstag Mittag, daß Minister Groener unter der Beweiskraft des von Severing vorgelegten Materials den bis jetzt vertretenen — und erst noch letzter Tage in der Unterredung mit dem braunschweigischen Minister Kuchenthal zum Ausdruck gebrachten — Standpunkt, daß die Nazis allerwegen legal aufträten, ändern und die aus diesem Standpunktswechsel sich notwendig ergebenden Maßnahmen ergreifen werde.

Daß solche optimistischen Erwartungen unberechtigt sind — und ob danach nicht eher von einer optischen oder optimistischen Täuschung wird gesprochen werden müssen, wird sich bald genug ergeben.

Geßler fordert:

Reichsreform mit Blut und Eisen

Hannover, 4. April 1932.

Am Montag sprach hier Dr. Geßler über die Frage der Reichsreform. Er stellte einleitend fest, daß in Deutschland

jede Reichsreform mit Gewalt durchgeführt

wurde. Auch die Bismarck'sche Reichsreform sei unter lebhaften Protest großer Teile des Volkes durchgeführt worden.

Es komme nicht darauf an, was ein Volk wolle, es komme vielmehr darauf an, was es brauche.

Darüber aber sei sich das Volk oft selbst nicht klar. Die große Frage laute: Wird es dem Reich möglich sein, bei seiner eingeschrumpften, niederbrechenden Wirtschaft seinen jetzigen Verwaltungsapparat und den Betrieb dieses Apparates sich weiterhin zu leisten? Dieser Apparat sei zuerst mit der Inflation und dann mit fremden Geldern betrieben worden. Als diese beiden Methoden versagt hätten, sei der Versuch mit andauernden Steuererhöhungen gemacht worden. Diese Zeit sei nun auch zu Ende, denn die Erträgnisse blieben aus. Dabei bleibe zu befürchten, daß die Frage der Reichsreform, der Staatsreform und der ganzen Verwaltungsreform sich uns bald mit einer Plötzlichkeit aufdrängen werde, die jetzt noch unvorstellbar sei. Wenn man sage, durch die Reichsreform werde nichts erspart werden, so sei das falsch.

Es sei natürlich ausgeschlossen, daß der Apparat weiterklappern könne, wie bisher.

Mit der etwaigen Lösung, daß Preußen vom Reich geführt werde, würde Süddeutschland einverstanden sein.

*

Daß der frühere Reichswehrminister für Bismarcksche Konfliktlösungen schwärmt, ist nicht gerade neu. Seine Rede in Hannover zeigt, daß Dr. Otto Geßler den Zeitpunkt nahe sieht, seine eigene Person wiederum als politischen Faktor in die Innenpolitik einzuschalten. Dieser Zeitpunkt wird dann eintreten, wenn die bevorstehende Landtagswahl in Preußen das Ende der Regierung Braun-Severing bringt. Otto Braun's Vertraute haben in letzter Zeit gelegentlich ausgesprochen, daß der preußische Ministerpräsident, wenn gar keine Möglichkeit der Aufrechterhaltung seiner Weimarer Koalitions-Regierung mehr gegeben sei, nach bewährten Mustern den Rückzug auf die Hindenburgstellung antreten und — unter Abgabe der Erklärung, daß die Beibehaltung des ganzen preußischen Staatsapparats sich finanziell nicht mehr trage und insofern das Nebeneinander mindestens der zentralen Verwaltungsspitzen des Reiches und Preußens in Berlin nicht mehr verantwortbar sei — die Führung der preußischen Geschäfte an das Reich übergeben werde.

Auf diese Möglichkeit, die Ministerpräsident Braun auch im letzten Herbst in einer viel beachteten Rede, damals für die fernere Zukunft behandelt hat, spielt der frühere Minister Geßler wohl an. Er kandidiert in unmißverständlicher Weise auf den Posten des Reichsinnenministers, dessen Aufgabe die Verschmelzung der preußischen Exekutive mit der — bisher des Exekutiv-Charakters ermangelnden — zentralen Reichsverwaltungsbehörde sein würde. Die innerpolitischen Folgen dieser wohl nicht mehr fernen Zukunftslösung brauchen heute nicht dargestellt zu werden. Sie liegen auf der Hand. b. j.

Kreugers Opfer — die Arbeiter

Stockholm, 5. April 1932

Die Gerüchte, daß Kreuger & Toll das gesamte Personal gekündigt hat, bestätigen sich. Von der Direktion wird erklärt, daß es sich nur um eine vorsorgliche Maßnahme handelt, mit dem Ziel, sämtliche Gehälter und Löhne herabzusetzen.

Eine Stockholmer Morgenzeitung meldete am Montag, daß die schwedische Filmindustrie, deren Aktienmehrheit dem Kreuger-Konzern gehört, ihr Personal gekündigt habe, die Erzeugung einstellen werde und im Begriff stände, die Filmstadt Rasunda an Paramount oder eine andere ausländische Filmgesellschaft zu vermieten. Die Direktion der schwedischen Filmindustrie teilt hierzu mit, daß es sich nur um die saisonmäßig bedingte Entlassung überzähliger Angestellter handelt.

Bauernunruhen

Kopenhagen, 5. April 1932.

Die auf Ersuchen des Polizeimeisters von Gravenstein erfolgte Entsendung von über 50 Kopenhagener Schutzleuten nach Stenderup bei Sonderburg zur Bewachung des Nissenschen Hofes hat überall in Nordschleswig große Erregung hervorgerufen. Die Maßnahme wird begründet mit der beabsichtigten Protestkundgebung, zu der die sogenannte Randers-Bewegung alle schleswigschen Bauern und Arbeiter auf den gestern zwangsversteigerten alten Familienhof des Jörgen Nissen einberufen hat.

Beilage zur SAZ

Nr. 81. Jahrg. 1932
Mittwoch, 6. April 1932

Wilhelm Ostwald gestorben

Leipzig, 5. April 1932

Im benachbarten Großbothen ist in der Nacht zum Montag der berühmte Gelehrte der Naturwissenschaft und Philosoph Wilhelm Ostwald, der Begründer der „Energetischen Weltanschauung", gestorben.

Professor Ostwald ist am 2. September 1853 in Riga geboren. Dort ist er auch im Jahre 1881 Professor im Polytechnikum geworden. 1887 kam er an die Universität Leipzig als Professor der physikalischen Chemie und als Direktor des physikalisch-chemischen Instituts. Im Jahre 1906 hat er sich vom Lehramt zurückgezogen. Er wollte sich seiner wissenschaftlichen Tätigkeit ungestört widmen können. In den letzten Jahren hat Ostwald sich insbesondere mit seiner Farbenlehre beschäftigt, deren Ausbau er bis in die letzte Zeit hinein noch pflegte. Ostwald ist der erste deutsche Austausch-Professor an der Harvard-Universität in den Vereinigten Staaten, und zwar 1905, gewesen. Er war auch Träger des Nobelpreises für Chemie, der ihm im Jahre 1909 verliehen worden ist. Neben seiner Tätigkeit als Erbauer eines einheitlichen Lehrgebietes der physikalischen Chemie ist Ostwald auch als Denker und Führer der monistischen Bewegung hervorgetreten. Er ist Vorsitzender des Deutschen Monistenbundes gewesen.

Salaban geisteskrank?

Berlin, 5. April 1932

Auf Veranlassung des Verteidigers des Falschmünzers Dr. Salaban, Rechtsanwalt Dr. Julius Meyer I, hatte Obermedizinalrat Professor Dr. Hommerich ein psychiatrisches Gutachten erstattet, nach dem Dr. Salaban unzurechnungsfähig sein soll und der § 51 Anwendung finden müsse. Die erste Strafkammer des Landgerichts II hat nunmehr als Eröffnungskammer einem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben und beschlossen, daß Dr. Salaban in der Heilanstalt Berlin-Wittenau für längere Zeit interniert und dort auf seinen Geisteszustand untersucht werden soll. Die Ueberführung Dr. Salabans von dem Untersuchungsgefängnis Moabit nach Wittenau dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. Sollte auch dort das Vorliegen des § 51 bestätigt werden, so ergibt sich die juristisch interessante Frage, ob Frau Salaban überhaupt wegen Beihilfe zum Münzverbrechen angeklagt werden kann. Sie dürfte sich dann lediglich wegen des Vertriebs von Falschgeld zu verantworten haben, während der Haupttäter selbst straffrei ausgehen würde.

„Graf Zeppelin" gestartet

Friedrichshafen, 5. April 1932

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh 6.32 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann zur zweiten diesjährigen Südamerika-Fahrt aufgestiegen. Der Start hatte sich wegen eines sehr starken Nordostwindes um zwei Stunden verzögert. An der Fahrt nehmen acht Fahrgäste teil. Viele Zuschauer hatten sich auf dem Werftgelände eingefunden. Dr. Eckener war ebenfalls anwesend.

Im Westen nichts Neues . . .

Remarques Bankkonto beschlagnahmt

Berlin, 5. April 1932.

Auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle wurde das Danat-Bankkonto des durch den Roman „Im Westen nichts Neues" bekannt gewordenen Schriftstellers Remarque bei der Danatbank beschlagnahmt. Die Maßnahme erfolgte, weil der Verdacht der Devisenschiebung besteht.

*

Zu dem Vorgehen der Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg, die das Konto des im Ausland lebenden Schriftstellers Erich Maria Remarque bei einer Berliner Depositenkasse der Danatbank in Höhe von etwa 20 000 Mark beschlagnahmt hat, erfahren wir, daß die Untersuchung, ob ein Verstoß gegen die Devisenvorschriften vorliege, noch nicht abgeschlossen ist. Allerdings war auf Grund der bisherigen Ermittlungen der Zollfahndungsstelle der Verdacht einer strafbaren Handlung so groß geworden, daß man sich zu der Beschlagnahme des Kontos entschloß. Nach den Vorschriften der Devisenordnung dürfen Ausländer oder im Ausland lebende Deutsche nicht frei über ihre in Deutschland befindlichen Werte verfügen. Es wird also darauf ankommen, ob aus dem gleichfalls beschlagnahmten Schriftwechsel Remarques bzw. seines hiesigen Agenten mit der Bank hervorgeht, daß beabsichtigt gewesen sei, die in Deutschland deponierten Vermögensteile des Schriftstellers ins Ausland zu bringen. Es kann sich bei diesen 20 000 Mark, die beschlagnahmt wurden, allerdings nur um einen kleinen Teil der großen Einkünfte handeln, die Remarque in den letzten Jahren aus seinen Büchern sowie aus deren Verfilmung gehabt hat. Zum größten Teil kam dieses Geld aus ausländischen Verlagen und ist wohl auch in der Hauptsache gar nicht nach Deutschland gelangt. Soweit deutsche Verlage in Betracht kommen, durften sie auf Grund der Devisenordnung die fälligen Beträge an Remarque nicht zur freien Verfügung überweisen, sondern mußten sie auf Sperrkonto anlegen. Geprüft wird vor allem, ob sein Berliner Beauftragter in dieser Beziehung gegen die Devisenvorschriften verstoßen hat. Die Mitteilung, daß der Erlaß eines Steuersteckbriefs gegen Remarque bevorstehe, trifft nach unseren Informationen nicht zu. Die Vorschriften über die Steuerflucht kommen bei Remarque nicht in Betracht, weil er schon vor dem 1. April 1931 seinen Wohnsitz im Ausland genommen hat. Im übrigen ist den Berliner Steuerbehörden sein Aufenthaltsort in der Schweiz bekannt.

Raubüberfall im Postgebäude

Hamburg, 5. April 1932.

Auf den Postmeister Brakert des Ostseebades Grömitz wurde am Montagabend ein Raubmordversuch ausgeführt. Gegen 21 Uhr erschien ein Mann, der den Beamten wegen einer Autogesellschaftsfahrt nach Eutin zu sprechen wünschte. Der Postmeister begab sich mit dem späten Besucher in die zu ebener Erde gelegenen Diensträume, um dort die erbetene Auskunft zu erteilen. Bei dieser Gelegenheit zog der Unbekannte plötzlich eine Eisenstange unter der Jacke hervor und versetzte dem Beamten mehrere wuchtige Schläge auf den Kopf. Er schlug so brutal auf sein Opfer ein, daß diesem die Schädeldecke zertrümmert wurde und das Blut bis an die Wände und die Decke des Zimmers spritzte. Der Ueberfallene verlor die Besinnung. Der Fremde nahm die Geldbörse und die Schlüssel zu der eingebauten Geldkassette dem Postmeister ab und raubte 150 Mark in bar. Der Räuber schloß dann sein Opfer ein und ist unerkannt entkommen. Erst etwa eine Viertelstunde später erschien ein Kollege des Ueberfallenen in den Diensträumen, um die Post zu erledigen. Da die Tür verschlossen war, mußte sie gewaltsam geöffnet werden. Der Postmeister, der blutüberströmt am Boden lag und die Besinnung noch nicht wiedererlangt hatte, wurde in schwerverletztem Zustande in das Kreiskrankenhaus nach Oldenburg (Schleswig-Holstein) geschafft. Für die Ermittlung des Täters ist eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Kriegsandenken

Prag, 5. April 1932

In der Nähe von Friedeck in Ostschlesien suchten Kinder in einer Abfallgrube Alteisen. Sie fanden dabei eine Blechbüchse, die einer Sidol-Flasche ähnlich sah. Da die Büchse ziemlich schwer war, glaubten die Kinder, sie sei noch gefüllt und wollten sie freudestrahlend nach Hause tragen. Plötzlich explodierte die Büchse und riß drei Knaben in Stücke. Ein vierter Knabe wurde schwer verletzt und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Zwei weitere schwerverletzte Kinder ringen mit dem Tode. Die Gendarmerie stellte fest, daß es sich um eine Handgranate handelte.

Das bringt das Handwerk mit sich

Saarbrücken, 5. April 1932

Wie aus Straßburg gemeldet wird, trug sich in einem kleinen Kaffeehaus in der Ortschaft Mörchingen eine furchtbare Bluttat zu. Ein Unteroffizier eines dort in Garnison liegenden tunesischen Schützenregiments, der mit dem Besitzer des Kaffeehauses, einem Algerier, in Streit geraten war, zog im Laufe der Auseinandersetzung plötzlich seinen Revolver, erschoß die beiden 16- und 19jährigen Töchter des Besitzers und verletzte die Mutter durch einen Steckschuß schwer. Sie liegt in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus. Der Mörder, der von den Gästen übel zugerichtet wurde, wurde von der Polizei verhaftet.

Die weiße Schmach

New York, 4. April 1932.

Wie aus Crockett (Texas) gemeldet wird, entrissen dort vier Weiße einen Neger, der wegen Belästigung einer weißen Frau verhaftet worden war, den Polizeibeamten, die ihn ins Gefängnis führen wollten, und knüpften ihn am nächsten Baume auf.

Oelgewinung aus Sapropelit in der Sowjetunion

Bei den dieser Tage abgeschlossenen Experimenten mit Kohle aus dem Leninsker und Chakasser Bezirk stellte sich heraus, daß man Gasolin und Kerosin guter Qualität aus dieser Kohle gewinnen kannt. Die Kpropelitvorkommen von Bassass, wo 7 Millionen entdeckt wurden, sind durch diese neuen Funde beträchtlich erweitert worden. Ein Trust für die Oelgewinnung aus Sapropelit soll in Noworossiisk organisiert werden; zwei Fabriken werden gebaut. Vorbereitende Bauarbeiten wurden bereits im Noworossiisk und in Irkutsk begonnen, wo 100 000 respektive 150 000 Tonnen Sapropelit jährlich bearbeitet werden sollen. Diese Oele und deren Destillate sollen späterhin in der Automobilindustrie verwandt werden und nach Abschluß der Vorarbeiten zur Ausfuhr gelangen.

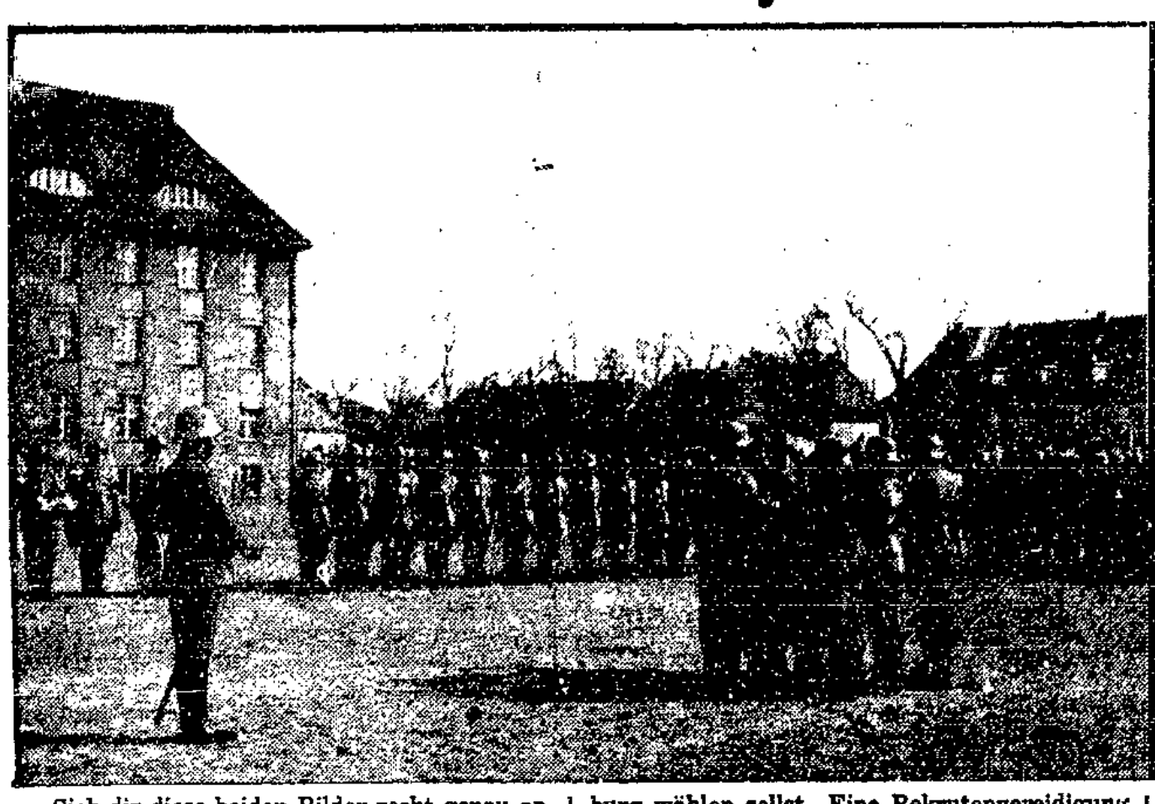
Ein Anzug in 1 Stunde 53 Minuten vom Rücken des Schafes fertig

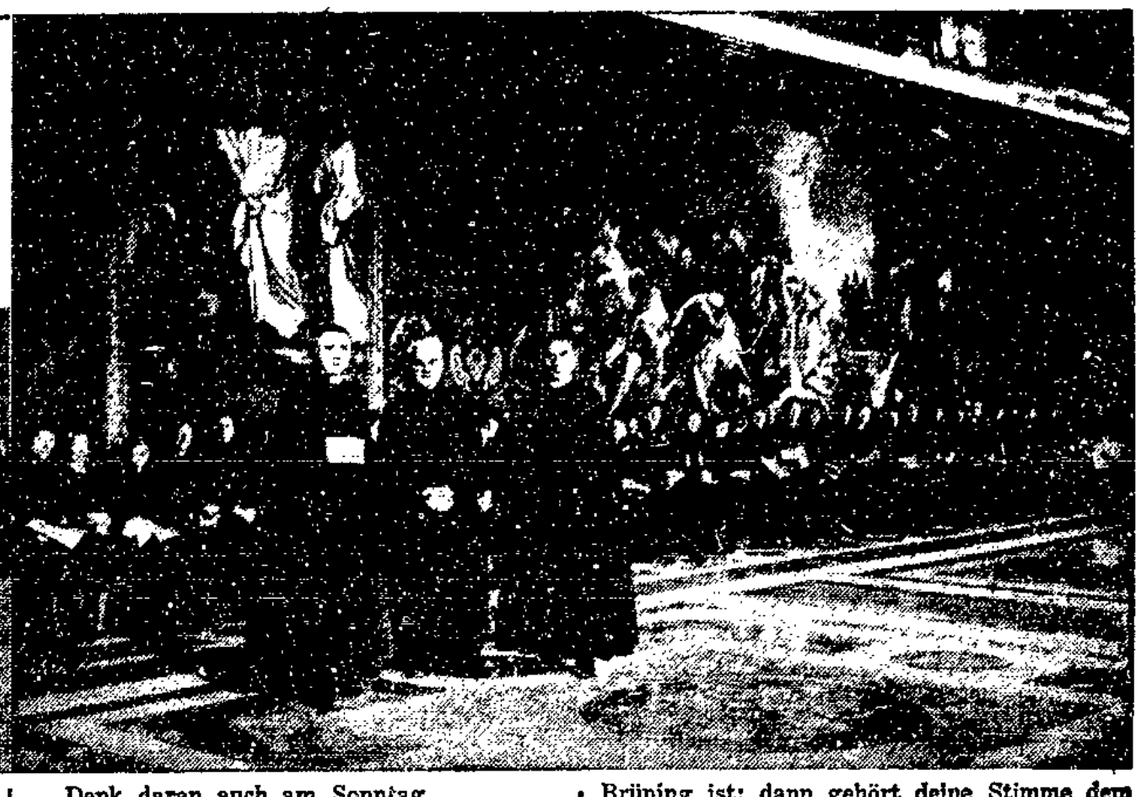
Wie der „Sydney Mouning Herald" meldet, wurde der für die Herstellung eines Anzuges vom Schaf aus kürzlich von England aufgestellte Rekord von 2 Stunden 10 Minuten in der australischen Stadt Mascot noch um 17 Minuten unterboten, allerdings unter raffiniertester Ausnützung aller technischen Möglichkeiten. In 35 Sekunden war die Wolle vom Rücken der Schafe herunter, nun folgten mit außerordentlicher Geschwindigkeit das Flocken, Spinnen, Drehen, Weben und Waschen, schließlich das Spannen und Pressen. Dann wurde das Rohmaterial in der unglaublichen Zeit von 5 Minuten in die 4½ Meilen entfernte Textilfabrik und das Tuch von dort in die Schneiderwerkstätten gebracht, wo es in der Hand einer Anzahl geübter Zuschneider und Zuschneiderinnen bald die gewünschte Form annahm. Als der letzte Stich in das letzte Knopfloch gemacht wurde, ergab die Stoppuhr des Kontrollors den Weltrekord von 1 Stunde 53 Minuten. Diese fabelhafte Leistung rechtfertigt die Kennzeichnung Australiens durch Colin Roß: England mit einem Schuß Amerika.

Die Wollhandkrabbe im Rhein?

Bereits vor einigen Wochen tauchten Gerüchte auf, daß auch im Rhein die gefürchtete Wollhandkrabbe, der Schrecken aller Fischer und Fischzüchter, sich zeige. Nunmehr wollen auch Fischer bei Bingen (!) ein Exemplar der Wollhandkrabbe aufgefischt haben. Wenn die Nachricht sich bewahrheitet, dürfte es feststehen, daß auch der Rhein, wie schon andere deutsche Flüsse, verseucht ist.

Das Gesicht der Deutschen Republik





Sieh dir diese beiden Bilder recht genau an, geschätzter Leser. In ihnen spiegelt sich trefflich das Gesicht der Deutschen Republik, die von der SPD so tapfer verteidigt wird und um deretwillen du am Sonntag wieder Hindenburg wählen sollst. Eine Rekrutenvereidigung der Reichswehr in Potsdam stellt das eine dar, einen Besuch des Münchener Domchors im Vatikan das andere: Säbel und Weihwedel — die Herren in Deutschland.

Denk daran auch am Sonntag.

Dann wirst du dich hüten, Hindenburg zu wählen, den Schirmherrn der Groener und Brüning; dann wirst du auch Hitler nicht wählen, der Geist vom Geiste der Groener und Brüning ist; dann gehört deine Stimme dem einzigen Arbeiterkandidaten:

Ernst Thälmann.

Agnes Smedley: Das Mädchen von Hüan

„Sei stille, mein Kind, und ich erzähle dir von Shan-fei, der Tochter eines reichen Gutsherrn aus Huan. Einst ging sie zur Schule und war in Seide gekleidet und besaß eine Füllfeder. Später heiratete sie einen Bauernführer, die Jahre weckten sie auf . . . aber ich will die Geschichte von Anfang an erzählen:

Bis Shan-fei elf Jahre alt war, herrschte ihr Vater nach Despotenart. Dann aber starb er plötzlich. Vielleicht war es ein natürlicher Tod, vielleicht vergoß Shan-feis Mutter aufrichtige Tränen. Jedenfalls waren, bevor noch die Begräbnisfeierlichkeiten zu Ende gingen, die Bandagen von den Füßen des kleinen Mädchens entfernt, und die Erde über dem Grab war noch feucht, als man Shan-fei bereits in eine moderne Schule gegeben hatte, hundert Li vom Hause fort. Aber obgleich die Bandagen sofort abgenommen wurden, waren die kleinen Füße in den fünf Jahren doch bereits verkrüppelt, und die unbeweglich-nutzlosen Zehen, die gleich Steinen unter die Füße gebogen waren, blieben diesem Mädchen zeitlebens ein Hindernis.

Immerhin, die Bandagen waren beseitigt und mit ihnen das Symbol der einen Art Versklavung. Noch blieb das Eheversprechen an eines reichen Mannes Sohn. Solche Verlöbnisse haben in China gesetzlich bindende Kraft und Eltern, die sie nicht einhalten, können vor Gericht verklagt und schwer bestraft werden, als hätten sie ein schlimmes Verbrechen begangen. Shan-feis Mutter nun schien Gedanken zu hegen, die von einer mittelalterlichen Vorstellungswelt als verbrecherisch bezeichnet werden mußten. Denn sie stand im Verdacht, mit tausend Listen auf einen Bruch des Verlöbnisses hinzuarbeiten. Und was noch weit schlimmer war: man munkelte, daß sie Shan-fei nicht riet, sich nach guter Mädchenart demutsvoll zu fügen, sondern sie ermutigte, frei und aufsässig zu sein. Dieses Gerücht verbreitete sich wie ein Lauffeuer, als bekannt wurde, daß Shan-fei zum Protest gegen die korrupte Verwaltung ihrer Schule einen Schulstreik angezettelt hatte. Sie wurde damals gerade sechzehn Jahre alt, erreichte also das normale Heiratsalter. Aber sie wurde mit Schimpf und Schande aus der Schule gejagt und kehrte stolz und gar nicht niedergeschlagen nach Hause zurück. Ihre Mutter, statt ihr eine Szene zu machen und sie zu ducken, sprach sich still mit ihr aus und schickte sie einfach in eine größere und noch fortschrittlichere Schule, weit weg nach Wutschang am Jangtse . . . von wo dann Gerüchte kamen, daß sie allmählich zur Führerin unter ihren Kameraden würde. Und weiter — dort sollten sogar Schüler und Schülerinnen zusammen leben und lernen!

Die Dinge wurden so schlimm, daß der reiche Gutsherr sich schließlich zum Prozeß entschloß und eine Klage gegen Shan-feis Mutter einbrachte mit der Begründung, sie täte alles, um die Heirat zu hintertreiben. Als Shan-fei in jenem Jahr zu den Ferien heimkam, machten sie den Versuch, sie mit Gewalt einzufangen. Es mißlang. Shan-fei blieb noch ein Jahr in Wutschang. Als sie dann wieder nach Hause kam, versuchte man es abermals.

Ihre Schulkameraden versuchten, ihr von der Heimkehr zum Begräbnis ihrer Mutter abzuraten. Aber hier ging es ja nicht nur um den Tod ihrer Mutter, hier ging es um den Tod einer Vorkämpferin für die Befreiung der Frau.

Kaum war die alte Mutter zur Ruhe getragen, als Shan-feis Elternhaus von bewaffneten Männern umstellt wurde. Sie wurde mit Gewalt ergriffen und in das Haus ihres Schwiegervaters gebracht, wo man sie, mit dem Brautkleid angetan, gefangenhielt und sich selbst überließ. Die Freiheit, die der Gutsherr zugestand, bedeutete nur das Recht, innerhalb des Hauses und in dessen nächster Umgebung frei umhergehen zu können, erstreckte sich aber nicht über jene hohen Umfassungsmauern hinaus. In China jedoch ist es schwer, ein Geheimnis zu bewahren, und Nachrichten reisen mit dem Wind. Vielleicht war es auf solche Weise geschehen, daß eine Freundin und zwei Kameraden aus Wutschang zufällig hierher in die Nähe kamen und einen Diener bestachen, um Shan-fei zu verständigen. Wie dem auch sein mag, eines Abends kletterte Shan-fei über die Mauer und verschwand drüben in das Dunkel der Dämmerung. In jener Nacht ritt sie mit ihren Freundinnen beim Sternenlicht gegen Wutschang.

Dies war im Spätsommer 1926, und China war von den Stürmen der Revolution bewegt. Bald darauf belagerten die Südtruppen Wutschang. Shan-fei gab ihre Studien auf und gliederte sich den Massen ein. Sie lernte dort bei ihrer Arbeit einen Bauernführer kennen, den sie liebte und der von den Bauern geliebt wurde. Sie zerbach das alte Sittengesetz, das sie an den Sohn des reichen Gutsbesitzers band, und verkündete ihre freie Heirat mit dem Manne, den sie liebte. Selbst während sie ihr Kind unter dem Herzen trug, hat sie all ihre grenzenlose Energie der Revolution geschenkt, und als das Kind geboren war, nahm sie es auf den Rücken und ging wieder an ihr Werk.

Als die Revolution zu einer sozialen Umwälzung wurde, begann der furchtbare Terror, der zehntausend aufständische Bauern und Arbeiter als Opfer forderte. Die Militärs und die feudalen Gutsherren kamen wieder an die Macht. Shan-feis Familie und die Familie ihres Verlobten beantragten ihre Verhaftung. Ein entsprechender Befehl wurde erlassen. Das bedeutete den sicheren Tod für sie und das Kind. Zwei Frauen und drei Männer, die mit ihr gemeinsam gearbeitet hatten, wurden ergriffen, den Frauen die Brüste abgeschnitten und alle fünf auf offener Straße hingerichtet. Da bohrten einige Arbeiter Luftlöcher in den Sarg, legten Shan-fei und ihr Baby hinein und fuhren sie durch die streng bewachten Tore der Stadt hinaus zum Friedhof jenseits der Stadtmauer.

Kaum war sie in Wutschang angelangt, als sie in das Kampfgebiet im Westen der Provinz Huan entsendet wurde, wo zur Zeit der Ernte die Bauern sich selbst bewaffneten, die Zahlung aller Abgaben und Steuern verweigerten und die Beschlagnahme der großen Güter begannen. Die Bauern unterlagen. Tausende wurden erschlagen und der Rest entwaffnet. Wieder kehrte Shan-fei nach Wutschang zurück. Und wieder wurde sie in das Kampfgewühl geschickt. Diesmal ging sie in eine Stadt, die in der Hand der Militaristen war. Jenseits der Stadtmauer standen Bauernarmeen. Nach außen hin wirkte Shan-fei als Leiterin der Frauenorganisation; insgeheim aber trieb sie Propaganda unter den Soldaten und Arbeitern.

In dieser Stadt lernte der Päsident der Justizbehörde sie kennen und verliebte sich in sie. Er war ein reicher Militarist, und sie lauschte aufmerksam seinen Liebesbeteuerungen, vergaß aber nicht, ihn über die Pläne zur Vernichtung der Bauern auszufragen. Er erzählte ihr davon — und sie schickte die Nachrichten zu der Bauernarmee vor der Stadt. Einer der Führer dieser Armee dort drüben war ihr Gatte. Endlich griffen die Bauern die Stadt an. Shan-fei aber war in ihrer Propaganda unter den Soldaten so dreist geworden, daß man sie verhaftet, ins Gefängnis geworfen und zum Tode verurteilt hatte. Sie ließ den hohen Justizbeamten rufen, der in sie verliebt war. Er hörte ihre ableugnenden Aussagen an, schenkte ihr Glauben, ließ sie frei und gab ihr die Möglichkeit, die Stadt zu verlassen.

Danach lernte Shan-fei schriftsetzen und drucken. Sie legte ihr Kind neben sich auf den Tisch und sang ihm bei der Arbeit leise vor. Da wurde ihr Haus eines Tages von Soldaten durchsucht. Ihr Gatte war fort, und sie war gerade für einige Minuten hinausgegangen. Von weitem sah sie die Soldaten ihr Haus bewachen. Einige Stunden später schlich sie zurück, um ihr Kind zu suchen. Die Soldaten hatten es in einen Wassereimer geworfen, um es dort einem langsamen Tode zu überlassen. All ihre und ihres Mannes zarte Sorgfalt vermochten nicht, das kleine Wesen am Leben zu erhalten. Shan-fei weinte schmerzlich an der Seite ihres Gatten — und ging dann wieder an ihre Arbeit.

Zuweilen geschehen seltsame Dinge. Eines Tages erlebte Shan-fei folgendes: sie hatte den Direktor ihrer früheren Schule besucht und beschlossen, bis zum nächsten Tage dort zu bleiben. Beim Morgengrauen wurde sie von vielen Schreien und Rufen geweckt; sie bildete sich ein, ihres Gatten Stimme darunter zu erkennen. Sie richtete sich auf, lauschte und hörte deutlich die Rufe: „Es lebe die Revolution!" Mehrere Salven krachten und ließen die Rufe verstummen. Shan-fei stand auf und ging blindlings ihren Weg zu dem Hinrichtungsplatz. Die Soldaten marschierten gerade wieder ab, und nur eine kleine Schar Zuschauer stierte dumpf auf die lange Reihe der toten Körper. Shan-fei schritt schwer und taumelnd die Reihe entlang — und warf sich über den warmen Körper ihres toten Gatten.

Das Netz des weißen Terrors zog sich immer dichter um Shan-fei zusammen, bis sie den Befehl erhielt, Wutschang zu verlassen. Eines Tages wurde sie mit zwei Bauernführern in Tschangtscha verhaftet. Sechs Monate saß sie im Gefängnis und kam nur frei, weil einige neue Militaristen die alten Machthaber vertrieben hatten und aus Rache viele Gefangene befreiten. Den einen Bauernführer aber ließen sie nicht frei. Shan-fei bestach einen Gefangenenwärter und erhielt die Erlaubnis, ihn vor ihrer Entlassung noch einmal zu sehen. Um Hals und Hüfte, Hand- und Fußgelenke lagen eiserne Bänder, die durch eiserne Ketten verbunden waren. Solche Gefangene leben in China etwa zwei Jahre, Shan-fei selbst hatte nicht in Ketten gelegen. Aber sie kam aus dem Gefängnis mit einer Hautkrankheit, einem Magenleiden, einem Geschwür und war kreidebleich infolge Blutarmut. In solcher Verfassung kehrte sie zu den Bauern zurück und nahm ihren Kampf wieder auf — — — — — — — — — —

„Sprich leise, mein Kind, damit uns niemand hört."

„Ja — sag': ist Shan-fei hübsch und jung?"

„Sie ist fünfundzwanzig Jahre alt, liebes Kind. Ihre Haut ist dunkel, und in dem breiten Gesicht sitzen hohe Backenknochen und sehr glänzende schwarze Augen. Sie ist fest gebaut wie eine Bäuerin, und man sieht es ihr wohl an, daß sie nicht leicht von dieser Erde fortzustoßen ist. Sie gleicht der Erde selbst, so stark, so urwüchsig ist sie. Ob sie schön ist? — Ich weiß es nicht . . . aber sage mir: ist die Erde schön?"

Die Erzählung „Der Sturm bricht los" von Fr. Rück wird in der morgigen Nummer fortgesetzt.

ROTE ANTENNE

Wettrüsten des internationalen Rundfunks

Neben dem Wettrüsten der imperialistischen Staaten in Vorbereitung eines Invasionskrieges gegen die Sowjetunion geht das kulturelle Wettrüsten des Rundfunks einher. Als die Sowjetunion mit Rücksicht auf die Riesenausdehnung des Landes die ersten Großsender errichtete, die mit guten Apparaten auch außerhalb Rußlands abgehört werden konnten, hatten die westlichen Mächte nichts Eiligeres zu tun, als noch größere oder mindestens gleich starke Sender zu errichten, um das Eindringen revolutionärer Aether- und Radiowellen zu verhindern.

Beispielgebend war der zwischen den beiden Moskauer Sendern liegende Warschauer Riesensender; dann folgte vor allem Italien mit einer Reihe von Monstersendern, und nun ließ es das Deutsche Reich nicht ruhen: es folgte ein 75-kW-Sender nach dem anderen: Heilsberg, Langenberg, Mühlacker sind die ersten, Breslau, Frankfurt, Hamburg und Berlin folgen in schneller Reihe.

Dieses Verpulvern von Millionen und aber Millionen für stärkste Radiosender bedeutet für den proletarischen Radiohörer nichts anderes als die Verurteilung, nur den Bezirkssender empfangen zu können. Denn je stärker die Sender werden, desto teurer auch die Apparate, mit denen man ferne Stationen überhaupt noch abhören kann. Das soll also gründlich verhindert werden, und wenn erst Berlin-Tegel seinen neuen Sender hat, wird Alfred Braun sämtliche Null- bis Vierröhrengeräte beherrschen, auf allen Wellen...

Wohin die Entwicklung geht? Schweden baut einen Riesensender, damit die schwedischen Proletarier völlig außerstande gesetzt werden, die sowjetistische Gottlosenpropaganda zu hören. Die deutschen Ostsender stören jede deutsche Sendung aus Moskau, um eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu verhindern. Das Wettrüsten geht munter voran, und der Rundfunk steht nicht dahinter zurück. —el

---

TARASSOFF-RODIONOFF
SCHOKOLADE

Nach dem russischen Original gekürzt und ohne Aenderungen übersetzt von Alexandra Ramm.

Copyright by Franz Pfumfart, Berlin-Wilmersdorf.

16. Fortsetzung

„Ich hoffe, Sie haben sich jetzt überzeugt und sehen nun ein, wie schwierig und heikel die Sache ist. Oder wünschen Sie etwa, daß der Vorsitzende selbst herkomme?!" sagte sie herablassend.

„Oh, ja, ja, wir verstehen," unterbrach sie höflich verlegen Wunsch und reichte ihr das Papier mit dem Bilde.

„Was nun tun?" wandte sich Wunsch an Tschotkin.

„Ich weiß nicht," antwortete dieser tonlos, „Sie wissen, ich hab' soviel nicht."

„Wann müssen Sie's haben?" wendet er sich wieder zu Walz.

„Morgen um zwölf Uhr mittags müssen Sie mir die Summe voll übergeben, dann wird gegen Abend Pjotr Tschotkin befreit. Andernfalls werden Sie ihn nie mehr sehen. Eigentlich", verteidigt sie sich betreten, „war er so unvorsichtig, daß er nach allem, was er begangen hat, unbedingt umkommen müßte, und wenn es mir, seiner alten Bekannten, nicht gelungen wäre, jemand Wichtigen zu überreden, so wäre es Ihnen selbst durch ein größeres Opfer niemals gelungen, ihn zu befreien," sie schoß mit den Augen listig nach Wunsch.

„Aber erlauben Sie, wo ist die Garantie, daß Sie ihn befreien, nachdem Sie das Gold erhalten haben?"

„Aber welcher Esel, frage ich Sie, wird sich abmühen, ihn vom Tode zu retten, ohne sicher zu sein, das Versprochene zu erhalten?" flog Walz hoch mit schmollenden Lippen.

„Aber erlauben Sie," glitzernd mit der Brille dehnt Wunsch langsam die Worte, „Sie sind in der Lage, ihn stets wieder zu verhaften, wenn wir unsere Pflicht nicht erfüllen. Sie gehen kein Risiko ein: er und wir alle sind in Euren Händen," ohne die Augen von der erröteten Walz abzuwenden, begann er sich auf dem Stuhle zu wiegen.

„Sie haben eine falsche Vorstellung von der Tscheka," sie sprach unbeholfen langsam die Worte, in der Absicht, die Verwirrung zu verbergen, sie suchte in Gedanken nach tausenden Fäden, um schnell aus der Schlinge zu kommen, die Wunsch um sie warf.

„Der Vorsitzende kann sich nicht die Laune erlauben: heute zu entlassen und morgen wieder zu verhaften. Er müßte dem Kollegium Erklärungen abgeben, das nicht immer mit ihm einverstanden ist, oder . . . es wäre eine fünffache Summe erforderlich," beendete Walz froh und lustig den Satz, zufrieden mit ihrer Findigkeit; sie mißt Wunsch mit einem triumphierenden Blick.

„Ueberhaupt, ich begreife alle diese Gespräche nicht. Mein Vorschlag ist klar und genau. Wenn Sie ihn nicht annehmen können oder nicht annehmen wollen," — zu Tschotkin gewandt mit einer Bewegung, als ob sie aufstände — „dann kann ich nun weggehen."

Der greise Mund Anna Sacharjewnas legte sich wieder ins Quadrat, sie erhob das Taschentuch an die Augen. Tschotkin, bemüht, die hängende Unterlippe hochzuziehen, richtete die ganze Verzweiflung seiner flehenden Augen auf Walz; sie aber schaute auf Wunsch, der aufgackernd mit übertriebener Höflichkeit vor ihr wieder den Kopf neigte.

„Aber nicht doch, aber nicht doch. Wir sind einverstanden. Wir werden uns bemühen, das Ganze vorzubereiten; nur bitten wir Sie höflichst, sich mit einem Teil zu gedulden, falls wir nicht imstande sein sollten, für morgen schon alles aufzutreiben. Iwan Petrowitsch besitzt nicht im entferntesten ein solches Vermögen; die Werte sind alle in den Safes konfisziert. Er wird herumlaufen müssen, um bei alten Bekannten zu betteln, daß ihm, wer noch kann, etwas gebe." Ehrfurchtsvoll sah er auf Tschotkin, der im Takt dieser Worte sein greises Haupt wiegte.

„Ich hoffe, Sie werden nicht zu anspruchsvoll sein," schmalzig kneift Wunsch die Augen zusammen. „Und dann noch: Wann und wo ist Ihnen die Summe einzuhändigen? Diese Prozedur ist nicht ganz ungefährlich, sie kann für Sie und für uns schlimme Folgen haben."

„Wir machen es so," überlegt Walz laut, „Sie bereiten das Gold vor, und morgen komme ich her und bringe ein Duplikat der Befreiungsorder für Pjotr Iwanowitsch, die Sie als Beweis und Garantie dafür behalten, daß wir unseren Teil der Verpflichtung erfüllen. Und am Abend, spätestens aber gegen Morgen, wird Pjotr Iwanowitsch selbst bei Ihnen erscheinen."

„Nun gut," wisperte Tschotkin.

„Nun gut," bewegte Anna Sacharjewna die Lippen.

„Dann also auf Wiedersehn, auf morgen, um zwölf Uhr!" Walz erhob sich geschäftig.

„Aber bitte, beachten Sie eine wichtige Bedingung: weder zu Pjotr Iwanowitsch noch zu sonst wem eine Silbe."

„Aber seien Sie versichert," scharrte Wunsch mit dem Fuß; nach hinten ausschlagend.

Walz gab allen die Hand und ging, mit dem seidenen Rock weich rauschend und den langweiligen Staub der düsteren Zimmer mit dem leuchtenden Schein ihrer feurigen Haare erhellend. Sie war wie ein Glanz unter diesem Gerümpel. Hinter ihr knisterte auf dem Holz des Parketts der graue trockene Wunsch, und dahinter schwammen sich wiegend die greisen traurigen Tschotkins.

Sie ging durch den großen Salon, durch das Eßzimmer mit dem Kanarienvogel und dem grünen Lämpchen vor dem Heiligenbild; sie vernahm noch das Klirren der Kochtöpfe in der Küche und . . . die Folter war zu Ende. Sie flog im Laufschritt die Treppe hinunter, durch den Hof, und erst auf der Straße empfand sie die Freude der Befreiung; hier verlangsamte Walz ihre Schritte, atmete tief und schmatzte deutlich:

„Uff!"

Die ganze Nacht konnte sie nicht einschlafen. In ihrem Unterbewußtsein war es ihr irgendwie schrecklich. Sie konnte den bohrenden Schmerz nicht durch die täglichen Sorgen bedecken. Sie erwachte am Morgen zerstreut und verwirrt, es war ein nebliger Tag. Unklar und undeutlich fühlte sie eine riesige drückende Last. Aber plötzlich hatte sich alles geklärt, geglättet, gerundet in einer einzigen Spannung des Willens.

Nur schnell, die Geschichte beenden!

Sie wußte nicht, wie schnell sie zum Dienst kam, die berüchtigten Akten herausholte, es war ihr nur angenehm, daß das alles kein Traum war; nein, sie war wach, und hier, vor ihr, lagen die Akten, und nun nur noch ein Hindernis, und Tschotkin wird frei und sie hat das Gold, so viel Gold. Sie war wie im Schüttelfrost, als sie, die Mappe fest unter den Arm gedrückt, schüchtern an Sudins Tür klopfte:

„Darf man?"

Sudin saß zerzaust mit unruhigem Ausdruck in den von Müdigkeit eingefallenen schlaflosen Augen.

„Ich komme zu Ihnen in einer seltsamen Angelegenheit. Alexej Iwanowitsch. Guten Morgen."

„Guten Morgen."

„Hier ist die Sache Tschotkin. Auf den Akten steht ein Vermerk: ‚Einzustellen', doch . . . Tschotkin sitzt noch immer."

„Wer sitzt?" seine Frage ist teilnahmslos, seine Gedanken sind irgendwo anders.

Übertritt von KPO-Genossen zur SAP

Eine von gut 50 Mitgliedern besuchte Mitgliederversammlung der KPO in Geesthacht beschloß nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit, den sofortigen Anschluß an die SAP zu vollziehen. Der Funktionärkörper hatte einstimmig den Antrag auf Uebertritt gestellt.

Die Geesthachter Ortsgruppe der kommunistischen Opposition war entstanden Mitte August des vorigen Jahres durch die diktatorischen Maßnahmen und den Rausschmiß des Genossen Ziehl der Bezirksleitung Wasserkante durch die Bezirksleiter Klann und Schubert. Die fast 300 Mitglieder zählende Ortsgruppe wurde durch diese Politik vollständig zerschlagen. Ueber 100 Mitglieder traten sofort der kommunistischen Opposition bei, 60 bis 80 Mitglieder traten ebenfalls aus, und diese sind noch heute passiv, während der Rest heute die Kommunistische Partei bildet. Die stärkste politische Organisation am Orte wurde durch die Gewaltmethoden eines Klann und Schubert zerschlagen, und all die Prahlereien der nach Geesthacht entsandten Instrukteure Oeltzner und Eichhorn vermochten nicht, den zerschlagenen Laden wieder aufzubauen. Diese Instrukteure haben nur erreicht, daß sich jetzt in der Ortsgruppe der KPD eine Anzahl Leute breitgemacht haben, die man früher gar nicht kannte, nicht Mitglieder und auch zum Teil gar nicht erwünscht waren. Seit dieser Zeit geht nun der Kampf gegen die Genossen, die jahrelang an der Spitze der Partei standen, die immer ihre Pflicht erfüllten, als die Helden von heute noch nicht da waren. Den Kampf gegen den Faschismus und die arbeiterfeindliche Politik der SPD zu führen — dazu hat man keine Zeit. Obwohl die KPO geschlossen Thälmann bei der Reichspräsidentenwahl wählte, verlor die KPD seit der Bürgerschaftswahl 120 Stimmen. Das erstemal seit 1918, daß die revolutionäre Arbeiterschaft Stimmen verloren hat. In einer Mitgliederversammlung der SAP wurde nun die Konstituierung vorgenommen. In den Vorstand wurden 6 Genossen, 5 der Frauengruppe und 3 Jugendgenossen gewählt. Genosse Ziehl berichtete, daß bisher über zwei Drittel der Mitglieder der Opposition ihre Mitgliedsbücher zum Uebertritt abgegeben haben. Außerdem sind jetzt 7 Neuaufnahmen gemacht. Genosse Seelmann, Hamburg, referierte über die Aufgaben der SAP, die politische Lage und über den Reichsparteitag. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden zwei Genossen gewählt. Außerdem wurde zur Bürgerschaftswahl Stellung genommen. Von der Mitgliedschaft wurden die Genossen A. Ziehl, Gottfr. Befeld, Elsa Helmke und Elsa Siebert als Kandidaten für den Wahlkreis 2, Landgebiet, aufgestellt.

Frankfurt a. M.

Der Magistrat verlangt 177 520 Mark für das Flugwesen. Wenn soziale Ausgaben bewilligt werden sollen, erklärt der Magistrat, es sei kein Geld da. Unter diesen Umständen ist es verwunderlich, daß der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung einberufen läßt, um sich die Subvention für das Luftfahrtwesen bewilligen zu lassen. Der Magistrat erklärt: wir müssen zahlen, schon aus vertraglichen Gründen. 87 520 Mark müssen für den Flugplatz gezahlt werden. Zwanzigtausend Mark sind notwendig, um das Defizit der Flugplatzgesellschaft zu decken. Hierzu kommen an Fluglinien-Subventionen usw. 85 000 Mark. Im Vergleich zum vorigen Jahre spare man hierbei noch einige zehntausend Mark.

Außer der juristischen Seite müsse man noch die wirtschaftliche beachten. Wenn Frankfurt a. M. nicht zahle, falle die bereits zugesagte Nachtstrecke Frankfurt—Köln weg.

Was der Magistrat doch für Sorgen hat. Von der Aufrechterhaltung der Flugfahrtlinien hat Frankfurt a. M. durchaus keinen Vorteil. Als für die Wohlfahrtserwerbslosen eine Weihnachtsbeihilfe verlangt wurde, bedauerte der Magistrat. Das nächste Mal wird man das gleiche Schauspiel erleben. Und dennoch drängt er darauf, das Geld der Stadt Frankfurt a. M. völlig nutzlos zu verpulvern. Die bürgerlichen Stadtverordneten verlangen bereits in einem Antrag die sofortige Bewilligung der Subventionen.

Aachen

In einer Versammlung des Arbeiter-Schwimmvereins stellte nach einer heftigen Diskussion ein SAP-Genosse den Antrag, daß der Verein korporativ sich nicht an der „Eisernen Front" beteiligen solle. Der Antrag fand Annahme mit 23 gegen 16 Stimmen. Es ist dies ein besonders kennzeichnender Fall, wenn man bedenkt, daß vor nicht allzu langer Zeit die Opposition noch sehr schwach war.

Düsseldorf

In der Mitgliederversammlung der SPD sprach der Landtagsabgeordnete Peter Berten über das Thema: „Kampf um Preußen." Berten, der einleitend darauf hinwies, daß die Rechte und Linke sich brüderlich zusammengefunden hätte, um die Braun-Severing-Regierung zu stürzen, stellte dann die Frage: „Wessen klagt man die Preußenregierung an?" Es gehört schon die Demagogie eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten dazu, diese Frage vor einer Arbeiterschaft, die die Segnungen der Braun-Severing-Regierung über sich ergehen lassen mußte, überhaupt zu stellen. Und worin sieht nun Berten die erfolgreiche Tätigkeit der Preußenregierung? Er sagt: „Auch wir sind über die Tatsache, daß Preußen gezwungen war, die Notverordnungen zu erlassen, nicht sehr erbaut, aber die sozialdemokratische Fraktion hat anerkennen müssen, daß die Schwierigkeiten für den Staat und die Gemeinden so groß sind, daß eine andere Möglichkeit nicht gegeben war, denn die Sparverordnungen hatten ausschließlich den Zweck, dem Staat die Möglichkeit zu geben, die Erwerbslosenunterstützung aufrechtzuerhalten." Mit anderen Worten, man nimmt den Erwerbslosen von ihren paar Pfennigen Unterstützung einen Teil, um ihnen überhaupt noch etwas geben zu können, und das wagt Berten als einen Erfolg der Braun-Severing-Regierung für die Arbeiterschaft, für die Erwerbslosen, hinzustellen. Berten, der fürchtete, die sozialdemokratische Arbeiterschaft könnte für diese erfolgreiche Tätigkeit der höheren sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten nicht das rechte Verständnis aufbringen, zitierte nun einen gewichtigen Bundesgenossen, und zwar den volksparteilichen Landtagsabgeordneten Maezenthin. Maezenthin, wohl gemerkt, ein Vertreter der Schwerindustrie, hat einmal im Landtag gesagt, die höheren Verwaltungsbeamten, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind (und das sind vorwiegend Sozialdemokraten), hätten sich vortrefflich bewährt und Ausgezeichnetes geleistet. Haben die sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten es verstanden, sich die Anerkennung der Schwerindustrie zu erringen, so ist dies nur möglich gewesen auf Kosten der Arbeiterklasse. Wenn Berten weiter von den Zuwendungen sprach, die gerade Preußen an die Landwirtschaft gemacht hätte, so paßt das ganz in den Rahmen der sozialdemokratischen Politik überhaupt. Einer Politik, die sich darum bemüht, die Interessen der besitzenden Klasse zu fördern, und die im übrigen der Arbeiterklasse klar zu machen versucht, daß die Interessen des Proletariats auf derselben Linie liegen.

Unterbezirks-Konferenz Vorpommern

Den Bericht über den Stand der Bewegung in Vorpommern erstattete Genosse Fritz. Daraus ging hervor, daß alle Gruppen intensiv bemüht sind, der Partei ein größeres Betätigungsfeld in Vorpommern zu schaffen. Außer den bestehenden Ortsgruppen sind bereits weitere Stützpunkte geschaffen worden. In zwei weiteren Orten wird demnächst die Gründung der Gruppen vollzogen.

Den Hauptpunkt der Tagung nahm der Kampf um Preußen in Vorpommern ein. Die Liste, welche vom Genossen Max Seydewitz geführt wird, fand im allgemeinen die Zustimmung der Konferenz. Die Stellungnahme der Konferenz gegenüber der Bezirksleitung Pommern, wurde in einer besonderen Entschließung festgelegt. Die Wahlarbeit wurde eingehend behandelt und festgelegt. Die Konferenz ist aber der bestimmten Auffassung, daß der Parteivorstand und auch die Bezirksleitung für Pommern, den Unterbezirk Vorpommern in stärkster Weise mit Referenten unterstützt.

Das vorgelegte Unterbezirksstatut wurde nach scharfer, grundsätzlicher Auseinandersetzung mit ganz geringen Aenderungen angenommen. Auch hier wurde erreicht, daß den Aufbau der Partei hemmende Bestimmungen vorläufig ausgeschaltet wurden. Die grundsätzliche Klärungsarbeit innerhalb der Gruppen, wird auch hier die Meinungsverschiedenheiten beseitigen.

Die Wahl des Unterbezirksvorstandes erfolgt einstimmig und hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Rudolf Fritz-Greifswald, Bleichstraße 40, 2. Vorsitzender Benz-Swinemünde, Schriftführer Prinz-Stralsund uns als Beisitzer: Klimmer-Barth, Boy-Stralsund, Lenz-Swinemünde und Michaelis-Greifswald. Als erweiterter Unterbezirksvorstand gelten dieselben Mitglieder unter Hinzuziehung der Vorsitzenden aller Ortsgruppen.

Der Punkt „Presse" löste ebenfalls eine sehr starke Aussprache aus. Die stärkere Verbreitung unser Organe „SAZ" und „Kampfsignal" muß unter allen Umständen gefördert werden. Die Unterbezirkspressefrage wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Bis dahin sollen weitere Erfahrungen gesammelt werden.

Das Erwerbslosenproblem beansprucht noch ein besonderes Interesse. Den Ortsgruppen wurde hierzu folgender Entwurf als Anregung übergeben, welcher in den Sitzungen der Ortsausschüsse des ADGB als Antrag eingebracht werden kann:

„Zur organisatorischen Erfassung und Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Erwerbslosen beschließt der Ortsausschuß des ADGB folgende Richtlinien, deren Durchführung allen zum Ortsausschuß gehörenden Gewerkschaften zur Pflicht gemacht wird:

1. Jede Gewerkschaft beruft ihre erwerbslosen Mitglieder zu einer besonderen Sitzung ein, in der die Wahl von Vertretern und Ersatzvertretern zur Erwerbslosenkommission vollzogen wird. Die Wahl findet alle Jahre statt.

Auf 10 bis 50 Erwerbslose einer Gewerkschaft kommt ein Vertreter auf jedes weitere oder angefangene Hundert ein weiterer Vertreter zur Erwerbslosenkommission, der möglichst auch Frauen angehören müssen.

2. Die so zusammengesetzte Erwerbslosenkommission wählt aus ihrer Mitte einen von sieben Kollegen gebildeten Erwerbslosenausschuß. Dieser wählt aus seiner Mitte einen Obmann, in dessen Händen der Vorsitz liegt.

3. Die Erwerbslosenkommission tritt mindestens jeden Monat zu einer Sitzung zusammen, in der alle entstandenen Mißstände und Notwendigkeiten besprochen werden, für deren Beseitigung oder Durchführung der Erwerbslosenausschuß Sorge tragen muß.

Der Obmann muß eine Sitzung einberufen, wenn diese von einem Drittel der Kommissionsmitglieder gefordert wird.

4. Da die erwerbslosen Mitglieder der freien Gewerkschaften dem Ortsausschuß gegenüber zur Beitragszahlung verpflichtet sind, ist auch der Ortsausschuß der finanzielle Träger der Kommission und des Ausschusses.

5. Zur Erleichterung der Zusammenarbeit sollen zu den Sitzungen des Vorstandes und des Ortsausschusses des ADGB, der Obmann des Erwerbslosenausschusses und zu den Sitzungen des Erwerbslosenausschusses und der Kommission, der engere Vorstand des Ortsausschusses zugegen sein.

6. Das Arbeitssekretariat oder die zuständige Rechtsauskunftsstelle oder Geschäftsstelle des ADGB stehen zur Beratung und Anfertigung von Schriftstücken allen Erwerbslosen zur Verfügung. Unorganisierte haben für deren Benutzung eine Gebühr zu leisten.

7. Zur allgemeinen Besprechung von Erwerbslosenangelegenheiten und zur politischen Schulung im aktiv-klassenkämpferischen Sinne werden nach Bedarf vom Erwerbslosenausschuß Erwerbslosenversammlungen einzuberufen, zu der jeder Arbeitslose Zutritt hat.

8. Der Erwerbslosenausschuß gilt als unmittelbarer Vertreter der Erwerbslosen für das Arbeitsamt und die Wohlfahrtsämter des Stadt- und Landkreises.

Zur Durchführung seiner Wünsche muß er bestrebt sein, mit den Vertretern aller proletarischen Parteien in den kommunalen Körperschaften zusammenzuwirken.

9. Erwerbslosenkommission und Erwerbslosenausschuß haben die Pflicht, unter den erwerbslosen, unorganisierten Proletariern ständig werbend für die im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu wirken."

Kandidatenliste Wahlkreis Halle — Merseburg

1. Max Seydewitz-Berlin
2. Kurt Rosenfeld-Berlin
3. Rudolf Agricola-Zeitz
4. Rosi Wolfstein-Berlin
5. Paul Rößler-Kelbra a./Kyffhäuser
6. Max Wille-Schkeuditz.

Diese Liste wurde vom Bezirksparteitag Halle-Merseburg für die kommenden Landtagswahlen aufgestellt.

Duisburg-Meiderich

Der braunschweigische Minister für Volksbildung hat verfügt, daß mit dem Ablauf des Schuljahres 1931 die Errichtung von Sammelklassen sowie die Neuaufnahme von Kindern in Sammelschulen eingestellt wird. Damit ist der Kampf gegen die weltliche Schule in Braunschweig erneut aufgenommen. Wird er auf Braunschweig beschränkt bleiben? Wir wissen, daß die faschistische Reaktion auch in Preußen vorstoßen wird zur Vernichtung der proletarischen Organisationen, wenn nicht die Arbeiterschaft geschlossen zum Kampf antritt. Es gilt darum, die weltliche Schulbewegung zu stärken. Mit Beginn des neuen Schuljahres heißt es also: Hinein in die weltliche Schule mit allen Arbeiterkindern! — Die weltlichen Schulen Duisburgs konnten in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie haben in diesen Jahren in engster Verbundenheit mit der Arbeiterschaft gestanden. Angesichts des drohenden Angriffs des Faschismus heißt es: Kampf für die weltliche Schule! — Anmeldung der Kinder am ersten Schultage, dem 8. April, in den weltlichen Schulen.

Neumünster

Am Sonntag demonstrierten Reichsbanner und Nazis ungehindert in der ganzen Provinz. Die Sternfahrt des SJV am Sonntag von Harburg aus über Itzehoe, Neumünster nach Elmshorn aus Anlaß des Bezirksparteitages wurde verboten.

Adolf der Große beantragt den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, ihr die weitere Verbreitung der Behauptung zu verbieten, Hitler bereite den Bürgerkrieg vor. Die Zusammenrottung der SA-Horden in der Nacht der Präsidentenwahl ist anscheinend zur Pflege des Skatspiels erfolgt.

Laut Beschluß des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 30. 3. 32 wird das Verbot der Kieler Zeitung aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens fallen Preußen zu Last.

Halle (Saale)

Naturfreunde. In einer gut besuchten Versammlung der Naturfreunde sprach unsere Genossin Dr. Minna Flake, Berlin, über Gesundheits- und Sexual-Fragen, wies vor allem auf die schädlichen Auswirkungen des § 218 hin. Aus ihrer eigenen Praxis und Erfahrung konnte die Rednerin ihren Vortrag reich illustrieren. Sie vergaß am Schluß ihrer Ausführungen nicht darauf hinzuweisen, daß eine endgültige Lösung der Gesundheits- und Sexualzustände nur durch die soziale Revolution möglich ist. Die „Naturfreunde" haben sich durch diesen Abend zweifellos weitere Sympathien erworben.

Dessau

Regierung gibt die Straße frei. Die Regierung hat der anhaltischen Presse eine Mitteilung zugehen lassen, nach welcher sie sich dem preußischen Vorgehen bezüglich der Freigabe von Demonstrationen und „friedlichen" Versammlungen unter freiem Himmel anschließt. Die Lockerung der Notverordnung betrifft jedoch nur die Zeit vom 3. bis 9. April. Versammlungen und Umzüge müssen, um genehmigt zu werden, spätestens 24 Stunden vorher schriftlich beantragt werden und vor allem den friedlichen Verlauf garantieren. Die „Eisernen" marschierten bereits 3 Stunden nach Ablauf „ihres" Osterfriedens für den Feldmarschall.

Der Junkers-Vergleich scheint weitere Kreise zu ziehen. Gerüchte und Parolen laufen durch die Stadt über Konkurse usw. bei Lieferfirmen und Gewerbetreibenden. Nun, die Gläubiger schließen sich zusammen. Wer aber wahrt die Interessen der Belegschaft? Es sollen auch noch Forderungen der Arbeiterschaft offen stehen. Wir sind der Meinung, daß die Krise schwer ist, warum sonst Vergleich, wenn für alle Schulden Werte zur Abdeckung vorhanden sind? Die Entwicklung wird lehren, daß die Junkers-Werke ihren Zusammenbruch dem kapitalistischen System verdanken. Die Krise des Kapitalismus zieht weitere Kreise.

Bernburg

Einstellung der Zahlungen? Bernburg hat wöchentlich rund 25 000 Mark an Unterstützungen zu zahlen. Am Ultimo haben nunmehr die städtischen Beamten und Angestellten nur einen Teil ihres Gehalts erhalten. Da eine Aussicht auf Entlastung nicht besteht, dürfte die Stadt bald am Ende sein.

Die Zahl der Erwerbslosen steigt weiter. Bei „Solways" sind wieder 60 Arbeiter entlassen worden, da der Absatz stark zurückgegangen ist. Damit wird Bernburgs Lage immer katastrophaler.

Jena

Naziüberfall auf SJV-Genossen. Mehrere Mitglieder des SJV gingen Mittwoch abend vom Gewerkschaftshaus durch die Stadt in Richtung Jena-Ost, um einen Abendspaziergang nach dem Fuchsturm zu machen. Einige Genossen bemerkten, wie ihnen ein Trupp SA-Leute folgte. Am Steinweg überholten zunächst zwei SA-Leute die Genossen, in einem gewissen Abstand folgten mehrere andere, der Haupttrupp der Nazis blieb zunächst hinter unseren Genossen. Plötzlich kam ein SA-Mann auf einen unserer Genossen zu, beschuldigte ihn, provoziert zu haben — und schlug auf ihn ein. Im gleichen Augenblick ertönte auch bereits ein Pfiff — und der gesamte Truppe der Nazis, der sich im Hintergrund gehalten hatte, stürzte mit Trommlerstöcken und Querpfeifen auf unsere Genossen ein. Als diese flüchten wollten, stellte sich ihnen eine Sperrkette von Nazis in den Weg. Es ist daraus klar zu ersehen, daß es sich hier um einen vorbereiteten Ueberfall handelt. Am Nachmittag des gleichen Tages hatte bereits der SA-Mann Sinkel auf einen Genossen eingeschlagen, dabei aber den Kürzeren gezogen. Offenbar wollten sich die Nazis mit diesem Ueberfall rächen. Der Jenaer Polizeibericht läßt ein durchaus falsches Bild über den Vorfall bei der Arbeiterschaft entstehen. Wir stellen nicht irgendwelche Behauptungen auf und fordern die Jenaer Arbeiterschaft auf, zukünftig aufzupassen, damit solche Ueberfälle nicht vergessen werden. Es dürfte der Polizei nicht schwer fallen, in vorliegendem Falle die wahrhaft Schuldigen zu finden. Wir müssen von der Polizei verlangen, daß sie die Untersuchung mit aller Objektivität durchführt und die Schuldigen bestraft. Wir werden unsere Genossen über den Ausgang dieser Angelengheit unterrichten. Die Art der Untersuchung — einige Nazis konnten auf der Wache mit ihren Trommelstöcken umherlaufen — (eine Untersuchung unserer Genossen war natürlich erfolglos), der untersuchende Offizier Güntsche soll ein Mitglied der NSDAP sein — und der Polizeibericht wecken in uns die Vermutung, daß man diese Sache gern totschweigen möchte.

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg: Allgemeine Mitgliederversammlung am 7. April, 19.30 Uhr, im Volksheim, Sachsenstraße.

SAP Düsseldorf, Distrikt Derendorf: Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Metallarbeiterheim. Ref. Gen. Welchenbach. Sympathisierende willkommen. — **Distrikt Flingern, Stadtmitte, Zoo:** 8. April: Gewerkschaftsversammlung bei Dübgen, Lindenstr. 54, 20 Uhr. — 10. April: Wahlarbeit-Besprechung mit Materialausgabe bei Dübgen, Lindenstr. 54, morgens 9 Uhr. Hierzu muß jeder zur Stelle sein. Anschließend „Ruhr-Fackel"-Verkauf. — 11. April: Erwerbslosenbesprechung der Wahlarbeit, 16 Uhr bei Engel, Gerresheimer Str. 126. — 15. April: Funktionärsitzung bei Lamberts, Erkrather Straße 98, 20 Uhr. — 16. April: Flugblattverteilung der Betriebsmänner und Erwerbslosen. Versammlungseinladung — 17. April: „Ruhr-Fackel"-Verbreitung und Broschürenverkauf morgens 9 Uhr bei Dübgen, Lindenstr. 54. — 20. April: Distriktsversammlung 20 Uhr bei Dübgen, Lindenstr. 54. Referat Gen. Katzenstein „Ist Sozialismus in einem Lande möglich?"; letzte Wahlvorbereitungen. Sympathisierende nur für Referat. — 24. April: „Ruhr-Fackel"-Verkauf und Flugblattverbreitung morgens 9 Uhr bei Dübgen, Lindenstraße 54. — 25. April: Frauenschulungskursus 16 Uhr bei Dübgen, Lindenstraße. Genossin Kersting „Die Aufgaben der Frau in der SAP". Sympathisierende willkommen. Völlig kostenlos.

Sportschau der SAZ

Die sächsischen Handball-Kreismeisterschaften

Bei den bisherigen Spielen ging es nicht ohne Ueberraschungen ab, besonders der Sieg von Chemnitz-Nord fällt ganz aus dem Rahmen der Vorschau.

Leipzig-Paunsdorf—Freie Sportvereinigung Riesa 18 : 1

Der Sieg des Leipziger Meisters stand nie außer Frage. Die Höhe des Sieges zeigt neben den Leistungen, daß wohl auch diesmal der Kreismeistertitel wieder nach Leipzig fallen wird.

Niederhäßlich schlägt Heidenau 5 : 3 (2 : 2)

Vor ca. 800 Zuschauern konnte Niederhäßlich in Zschachwitz als Endspielgegner um die Ostsachsenmeisterschaft hervorgehen. Beide Mannschaften zeigten ein flottes, ruhiges Spiel, das bis zum Schluß werbend durchgeführt wurde. Heidenau übernahm am Anfang die Führung und konnte lange bis in die erste Hälfte mit 2 : 0 führen. Durch seine kernigen Torwürfe entschied aber N.s Sturm bis zum Schluß das Spiel. Der Nachteil H.s war, daß die Mannschaft ein langes Zuspiel pflegte, und N. gelang es dadurch, die meisten Angriffe abzufangen. Mehrmals war H. die Gelegenheit gegeben, das Spiel auszugleichen, aber der Sturm versagte in den günstigsten Augenblicken.

Chemnitz-Nord—Raschau 5 : 3 (2 : 2)

Mit Glück erkämpfte sich der Chemnitzer Meister die Beteiligung am Endspiel der Verbandsmeisterschaft. R. zeigte die technisch und taktisch ausgereiftere Spielweise, während N.s Angriffe glücklicher verliefen und vor allem in der zweiten Halbzeit R. durch zu enges Vorgehen und mangelnde Bedienung der Außen die besten Gelegenheiten verdarb. Die 600 Zuschauer verließen befriedigt den Platz, denn es war im ganzen genommen ein flotter, ereignisreicher und vor allem im Rahmen des Erlaubten durchgeführter Kampf.

Bezirksmeister gegen Bezirksmeister

Handball in Südwestsachsen

Man hätte nie auf einen Sieg von Plauen gerechnet. Die Mannschaft der 2. Abtlg. lief aber zu einer ausgezeichneten Form auf.

Eiche II. Abtlg. (Bezirksmeister 8. Bezirk) gegen Planitz (Meister des 6. Bezirks) 5 : 3 (2 : 2). Zu Beginn überraschte Plauen mit temperamentvollen Angriffen. Planitz hatte sofort bemerkt, daß die linke Seite von Plauen der schwachste Teil ihrer Mannschaft war. Bei einem Ansturm der Plauener Elf wanderte der Ball verschiedentlich von rechts nach links und mit voller Wucht ins gegnerische Tor. Schon waren zwanzig Minuten Spielzeit verstrichen, da gelang es abermals Plauen, einen 2 : 0-Stand herbeizuführen. Die Freude seitens Plauens währte nicht lange, und schon wurde das Resultat von Planitz durch Rechtsaußen mit einem Linkswurf auf 2 : 1 gestellt. Plauen ließ jetzt etwas nach. Wieder bekam der Rechtsaußen von Planitz den Ball zugespielt, und schon war der Ausgleich 2 : 2 geschaffen. Dies war auch der Halbzeitstand. Nach Wiederanwurf häuften sich die Ansturme der Planitzer und die Mannschaft übernahm durch ein drittes Tor die Führung. Es wollte im Plauener Sturm nicht recht mehr klappen. Aber die Planitzer Elf spielte zu sehr weitmaschig und es wurde den Plauenern oft sehr leicht gemacht, Tore zu schießen.

Die linke Seite von Plauen war in den letzten zehn Minuten jetzt der beste Mannschaftsteil.

5. Abtl. II—Haselbrunn A.H. 5 : 1 (1 : 0). Packende Kampfhandlung dominierte in diesem Spiel bis zum Schlußpfiff. Eiche hatte alles herzugeben, lediglich ihr flinker Innensturm entschied das Spiel. — **5. Abtl. Jgd. geg. Haselbr. Jgd. 4 : 3 (2 : 2).** Das bessere Zusammenspiel brachte Eiche einen glücklichen Sieg. — **3. Abtl. I—5. Abtl. I 6 : 2 (1 : 2).** Ein gleichverteiltes Spiel, bei dem sich besonders in der 2. Halbzeit der Sturm der 3. Abtl besser zusammenfand. — **4. Abtl. I—1. Abtl. I 2 : 6 (2 : 1).** Dieses Spiel hatte jederzeit einen flotten, werbenden Charakter.

Faustball. MTV I—Lauterbach I 12 : 7 (6 : 1); TV II—Lauterbach II 1 : 14 (0 : 4).

Der Waldlauf der Leipziger Leichtathleten

Der Frühjahrswaldlauf war von prächtigem Wetter begünstigt. 500 Genossinnen und Genossen zeigten vor einer Zuschauermenge von 1000 gesunden Sport im Waldgelände von Leipzig-Gohlis. Den 5000-m-Lauf gewann Wagner vor seinem Vereinsgenossen Krause. 2000 m-Mannschaftslauf gewann sicher der Verein Eiche vor Vorw.-Süd. Die 5 × 300 m Staffette sicherte sich Vorw.-Süd. An dieser Veranstaltung waren erstmalig 120 Genossen von den KS Abteilungen an einem 7500 m langen Gepäckmarsch beteiligt.

Berliner Handballspiele des Sonntags

Die FTGB Nordring hatte zum letzten Spiel den Volkssport Neukölln als Gast und gewann sicher mit 8.4 (3:3). — Die FTGB Nordost fertigte Eiche-Copenick mit 15:9 (8:4) ab. — Die FTGB Süden blieb über den HSV-Schöneberg mit 8:2 (7:2) erfolgreich

Bezirksklasse Osten: ASC—FT Wildau 5:2 (1:1); TSV-Kaulsdorf — FTSV-Nowawes 8:0. Eiche-Bohnsdorf — FT-Erkner 9:3. — **Frauen:** TSV Kaulsdorf—Eiche-Bohnsdorf 1:1; FTGB Lichtenberg—FTGB Adlershof 6:0; ASC—FT-Wildau 3:0

Bezirksklasse Norden: FTGB Nordring II—ASV Rot-Weiß 2:2; FTGB Nordost II—MTV Bernau 5:1.

Bezirksklasse Süden: Im Spiel FTGB—Süden II—FSV-Teltow fiel die Bezirksmeisterschaft. Süden gewann verdient 8:4. Das Spiel um den Aufstieg aus der 3. Klasse entschied FT Wilmersdorf über Luckenwalde Turner mit 2:1 für sich.

Bei den Frauen wurde Luckenwalde A Bezirksmeisterin nachdem Volkssport nach interessantem Spiel 2:1 geschlagen wurde.

Düsseldorfer Arbeitersport

Handball

Freie Schwimmer A gegen Schwarz-Gelb B 8 : 2 (4 : 0). Wie zu erwarten, ein klarer Sieg der Schwimmer. — **Freie Schwimmer B gegen Schwarz-Gelb A 1 : 18 (0 : 8).** Der Altmeister war in glänzender Wurflaune und siegte nach Gefallen. — **Freie Wasserfahrer gegen Eller 2 : 12 (1 : 6).** Der Neuling versuchte das Spiel offenzuhalten, ohne den eindeutigen Sieg der Ellerner verhindern zu können. — **Rath gegen Unterrath 3 : 3 (1 : 2).** Zwei gleichwertige Gegner. Das Endresultat entspricht dem Spielverlauf.

Sportlerinnen

Grün-Weiß gegen Eller 4 : 1 (1 : 1). Trotzdem der Sieg der Oberkasseler Mädels eine Ueberraschung ist, war ihr Sieg vollauf verdient.

Hessen-Mittelrhein

Wegen der in verschiedenen Bezirken durchgeführten Waldläufe war das Sportprogramm des 9. Kreises diesmal recht mager. Im

Fußball

ist als wichtigstes Ereignis das Vorentscheidungsspiel um die Meisterschaft des 4. Bezirks zu verzeichnen, das **Langendiebach** knapp mit 4 : 3 über Hausen b. O. erfolgreich sah.

Privatspiele: Der Meister des 2. Bezirks, **Frankfurt-Niederrad** schlug den VfL. 13 Frankfurt überraschend sicher mit 4 : 1. Die Fr. T. **Frankfurt-Nord** besiegten am Samstag Bürgel verdient mit 3 : 1. — **Frankfurt-Bockenheim** hatte Mühe, seinen Nachbar Rödelheim mit 4 : 3 niederzuhalten. — Einen Achtungserfolg erkämpfte sich die **FTG. Darmstadt** durch ein 2 : 2 gegen Mörfelden.

Weitere Ergebnisse: VfB Heddernheim—Praunheim 4 : 5; Hertha Höchst a. M.—Schwanheim 3 : 2; FTG. Mainz—VfR. Kreuznach 4 : 1; Mainz-Kostheim—Mainz-Bretzenheim 2 : 3; Mainz-Griesheim—VfR. Wiesbaden 4 : 2; Seligenstadt—Obertshausen 4 : 3; Arheilgen—Münster 1 : 3; Heuchelheim—Großen-Linden 14 : 0 (!); Klein-Linden gegen Allendorf 1 : 4; Lollar—Gießen 5 : 1.

Handball.

Das wichtigste Spiel des Tages war der Kampf **VfL. 13 Frankfurt** Fr. T. Bockenheim 2 : 2; der Kreisklassen-Neuling rang somit mit dem Favoriten für die Kreismeisterschaft ein verdientes Unentschieden ab.

Weitere Ergebnisse: Frankfurt-Niederrad—Fr.T. Bornheim 8 : 2; AWV Offenbach—Sprendlingen 7 : 4; Mainz-Kastel—Wiesbaden (Abt. 3) 4 : 5; Vachtsheim—Mainz-Mombach 9 : 6; Mainz-Kostheim — Wiesbaden (Abt. 1) 6 : 4; Mühlheim—Dreieichenhain 9 : 6; Dietesheim—Arheilgen 5 : 8; Rumpenheim—Reinheim 8 : 4; Höchst a. M. geg. Seden 6 : 1.

Leichtathletik.

An vier Plätzen des 9. Kreises fanden am Sonntag **Bezirks-Waldläufe** statt. Der 1 Bezirk führte die Wettkämpfe bei verhältnismäßig schwacher Beteiligung in Pfungstadt durch. Im Hauptlauf über 4000 m siegte H. Hahn-Arheilgen. — Dementgegen wies der 2. Bezirk, der die Läufe in zwei Gruppen erledigte, eine sehr günstige Teilnehmerzahl auf. Den Hauptlauf in Niederrad gewann Lang-Vilbel, während in Schneidhain F. Hohloch-Oberhöchstadt als Erster einlief. An beiden Orten wurden die Wettkämpfe von Hand- und Fußballspielen umrahmt. — Der Waldlauf des 7. Bezirks fand unter äußerst schwacher Anteilnahme in Bremsnach statt.

Vogtlands Fußballserie

Punktspiel heißt Kampfspiel. Diese Wahrnehmung konnte man am Sonntag wieder machen, denn überall waren die Spiele sehr temperamentvoll. An Ueberraschungen hat es auch nicht gefehlt, in Rebesgrün mußten die Auerbacher geschlagen abziehen. Wacker dagegen brachte es fertig, in Rachau ein Remis zu erzielen.

Rempesgrün spielte gegen Treuen 6 : 3 bei sehr ungünstigen Platzverhältnissen. Trotz des schweren Bodens legten die Treuener sofort ein lebhaftes Tempo vor, sie verstanden aber ihre Chancen nicht zu verwerten. Rempesgrün hatte mehr Glück. — **Ellefeld—Dorfstadt 3 : 1.** Von Aufopferung und Ehrgeiz merkte man bei diesen Mannschaften fast gar nichts. Nur in der 1. Halbzeit wurde etwas temperamentvoll gespielt, woraus sich auch sämtliche Tore schalten. — **Eintracht—Kürbitz 4 : 0.** Das Resultat entspricht dem Spielverlauf. — **Lauterbach—Kleinfriesen 7 : 3.** Anfangs war das Spiel sehr flau, bis sich Lauterbach zusammenraffte, um den zahlreichen Zuschauern einen guten Fußball zu zeigen. Sie konnten bis zur Halbzeit mit 5 : 0 einen großen Vorsprung erreichen. Etwas mochten sich einige Spieler von Lauterbach gesagt sein lassen: Haltet doch endlich Ruhe beim Spiel, spielt nicht soviel mit dem Munde! — **Rebesgrün—Auerbach 3 : 2!** Wer hätte den Rebesgrünern zugetraut, daß sie das Spielfeld als Sieger verlassen würden. Die Gegner waren sich ebenbürtig, nur der Entschlossenere siegte. — **Elsterberg—Spielvereinigung 23 : 5.** Die zahlreichen Zuschauer wurden arg enttäuscht, da Elsterberg unter der gewohnten Form spielte. Spielvg. 23 wußte, um was es ging. Ueberdies hatten die Gäste reichlich Glück. — **Raschau—Wacker 2 : 2.** Raschau ging durch zwei Treffer in der ersten Hälfte in Führung. Kurz nach Wiederanstoß kam Wacker zu einem billigen Erfolg (Elfmeter) und konnte dann 3 Minuten vor Schluß durch Ecke zum Ausgleich kommen. — **Rodewisch—Falkenstein 2 : 2.** Ein ausgeglichenes Spiel. Rodewisch trat mit einer neu zusammengestellten Elf an, die in allen Punkten zufriedenstellte.

2. Klasse.

Wacker—Haselbrunn 2 : 7; Rebesgrün — Brunndöbra 1 : 4; Elsterberg—Kleinfriesen 7 : 0; Elsterberg III—Ruppertsgrün 5 : 1; Remnesgrün—Treuen 9 : 2; Auerbach—Schöneck 3 : 3; Ellefeld—Dorfstadt 4 : 0; Eiche 5. Abtlg. geg. Eintracht 1 : 2.

Sächsische Resultate vom Sonntag

Fußball.

Bezirk Leipzig. Mockau—Paunsdorf 1:0; Wahren—Sportfist 09 3:1; Südwest—Viktoria 4:3; West 03—Grimma 6:2; Südost—Thekla 5:0; West—Schönfeld 0:0; Pegau—Groß-Zschocher 1:0; Eythra — Preußen 2:0; Frischauf-Wurzen—Großzössen 1:0.

Bezirk Dresden. Cotta—DBV. 15 1:1; Kaditz 09—Löbtau 2:1; Radebeul—Helios 3:4; Leckwitz—Sörnewitz 2:4; Pieschen—Coswig 2:3; Radeberg—Eintracht 3:5; Deuben—Komet 9:2. Dippoldiswalde—Gorbitz 6:3; Wurgwitz—Burgk 4:2; Wilschdorf—01 6:0.

Bezirk Chemnitz. Lichtenstein — Mittelbach 1 : 2; Meerane—Glauchau 2:3; Grüna—Niederwürschnitz 3:2; Vorwärts-Chemnitz—Olbernhau 7:1; Ring-Chemnitz—Favorit-Chemnitz 1:2; Eppendorf—Pfeil-Chemnitz 2:4; Schönau—Rapid 9:2; Friesen—Frankenberg 0:5.

Bezirk Erzgebirge. Loßnitz—Thalheim 3:3; Gornsdorf—Sachsenfeld 8:0; Aue—Hermersdf. 5:0; Mildenau—Thum 5:1; Zschopau—Neudorf 6:2; Geyer—Gelenau 2:3; Jahnsbach—Neuendorf 9:3; Schneeberg—Johanngeorgenstadt 0:1; Eibenstock—Zschorlau 3:3; Großolbersdorf—Auerbach 5:4; Streitwald—Weipert 4:4; Carlsfeld—Ring Sosa 2:12.

Bezirk Limbach-Burgstädt. Taura—Herrenheide 6:3; Burgstädt — Claußnitz 4:0; Herrenheide—Röhrsdorf 1:1; Wittgensdorf—Lunzenau 1:2.

Kritik an den Statuten

Offenburger Arbeitersportler gegen „Eiserne Front"

Der Arbeiter-Turn und Sportverein Offenburg erstattete in seiner Generalversammlung einen günstigen Bericht über seine Entwicklung und Tätigkeit im vergangenen Jahre. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt, die Vereinsleitung unter Hinzuwahl von Hilfskräften wiedergewählt. Die neuen, vom Bunde herausgegebenen Vereinsstatuten wurden einer scharfen Kritik unterzogen und in ihren wichtigsten Paragraphen abgelehnt und Aenderung beantragt mit der Begründung, daß die neue Fassung gegenüber der alten vor dem Kriege zum Teil undemokratisch geworden, zum Teil rückständiger als das bürgerliche Vereinsgesetz ausfiel.

Heftige Kritik wurde an der Zentralleitung des Bundes geübt wegen ihrer diktatorischen Anweisungen zur Beteiligung an der sogenannten „Eisernen Front" ohne vorheriges Befragen der Mitgliedschaft. Der Empörung über dieses undemokratische Verhalten wurde durch eine scharfe Resolution Ausdruck verschafft, in der am Schluß aufgefordert wird, bei den kommenden Präsidentenwahlen dem Kandidaten der Arbeiterschaft, Thalmann, die Stimme zu geben und nicht den kaiserlichen Generalfeldmarschall. Die Resolution fand mit 28 gegen 2 Stimmen Annahme.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Zeitungskolleute nächste Sitzung Freitag, 8. April, 20 Uhr, Magazinstr. 15/16. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung muß jede Ortsgruppe vertreten sein.

Ortsgruppe Tiergarten (Abt. Westen): Mitgliederversammlung Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, bei Techt, Steglitzer Straße 1. Ref.: Gen. Rubin. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Wedding: Alle freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder treffen sich Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, bei Klinge, Sellerstr. 14, zu einer sehr wichtigen Besprechung.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Abt. 3 u. 4 Mittwoch, 6. April, 19.30 Uhr, Zahlabend bei Reche, Metzer Straße 26; Abt. 1 Lokal Thomas, Ystaderstr. 14 (Ref.: Anna Hartoch); Abt. 2 Lokal Richter, Schliemannstr. 39.

Ortsgruppe Schöneberg (Abt. Friedenau): Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, Abteilungsmitgliederversammlung bei Lehmann, Friedenau, Bernstr. 5.

Ortsgruppe Lichtenberg: Bildungskursus Paul Fröhlich „Geschichte der proletarischen Parteien", Freitag, 8. April, 19.30 Uhr, bei Rosky, Gürtelstr. 28.

Ortsgruppe Weißensee: Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bohazeck, Wilhelmstr. 29.

Ortsgruppe Reinickendorf: Donnerstag, 7. April, 19.30 Uhr, bei Manthey, Rosenthal, Hauptstr. 1, öffentlicher Diskussionsabend. Thema: „Warum SAP?" — Freitag, 8. April, 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Abt. Reinickendorf-Ost, im Bürgergarten, Hauptstraße.

Ortsgruppe Neukölln: Abt. 4—6 Mitgliederversammlung Mittwoch, 6. April, 20 Uhr, bei Gunzel, Mareschstraße, Ecke Schudomastraße.

Ortsgruppe Mitte: Donnerstag, 7. April, 18 Uhr, Sitzung aller erwerbslosen Genossen bei Resch, Linienstr. 146 II.

Sozialistischer Studentenverband: Alle Genossen Donnerstag, 7. April 20 Uhr, im Lokal Schnar, Ziegel-, Ecke Kalkscheunenstraße. Thema: Der Parteitag der SAK. Ref.: Gen. Düby.

SJV

Heute, Mittwoch, 6. April, 19.30 Uhr.

Charlottenburg: Arbeiterschutzbund.
Frankfurter Allee I: Aktivgruppenversammlung.
Lichtenberg: Mitgliederversammlung.
Baltenplatz: Tagespolitik.
Siemensstadt: Tagespolitik.

Mitteilungen der BL.

Erwerbslosenstaffel: Heute, 6. April, 11 Uhr vormittags, politisch-satirischer Vormittag. Anschließend spricht die Genossin Käte Frankenthal über „Landtagswahl und Preußenregierung."
Tambourkorps: Mittwoch, 6. April.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Ducksteln, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. **Tel.:** Kupfergraben E 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 1539 28.

Staats-Theater
Oper U. d. Linden
Mittwoch, 6. April 8 Uhr:
Fürst Igor
Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt
Mittwoch, 6. April 20 Uhr:
Egmont
Schillertheater Charlottenburg, Bismarckstraße
Mittwoch, 6. April 20 (8) Uhr:
Ostern

Volksbühne Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2946
Mittwoch, 6. April 8.00 Uhr:
Liliom
Rose-Theater Große Frankfurter Str. 132 Telefon: E 7 Weichsel 3422
Mittwoch, 6. April 6 und 9 Uhr:
Die Frau die jeder sucht
Circus BUSCH täglich 8½ Uhr Ring-Kämpfe u. Varieté-Programm
Preise: 0,30 b. 3.—

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
Ab Dienstag, den 5. April 1932:
Das ausgezeichnete Tonlustspiel
Die Nacht ohne Pause
mit Siegfried Arno, Camillo Horn, Max Adalbert.
Dazu: Wilhelm II. in Doorn.
Ufa tönende Wochenschau.
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts.
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Werbt Abonnenten!

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Gesangverein Sorgenfrei
und
Rasputin
der Dämon des letzten Zaren
Die neueste tönende Wochenschau

Inserieren bringt Gewinn!

Elysium-Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Gastspiel Paul Godwin
Film:
Die verliebte Firma
Tönende Wochenschau
Sonntag 3 Uhr, Große Jugendvorstellung
Der große Preisabbau, Wochentags bis 6 Uhr, Sonntags bis 4 Uhr - 70 Pfg.
Nachher von 80 Pfg. an

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Sellerstraße
Weiße Schatten
und
Es wird schon wieder besser
Fox tönende Wochenschau
Das erstklassige Beiprogramm

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
„Der Stolz der dritten Kompanie"
dazu:
„Gesangverein Sorgenfrei"

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Anny Ondra in
Mamsell Nitouche,
Operette mit Georg Alexander, Hans Junkermann
dazu:
Hoot Gibson in
Endkampf
Wild-West-Tonfilm
Die neueste Wochenschau.
Einlaß ½5 Uhr. Eintrittspr. ab 0,50 RM

Kauft Gutscheine
Stärkt den Pressefonds

M·I·L·A
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 120
Eine Woche lang
zwei Groß-Tonfilme
Fritz Kampers, Evelyne Holt in
„Drei gehen nicht unter"
(Drei von der Stempelstelle)
Ein aktuelles Zeitdokument
Dolly Haas, Curt Bois in
„Ein steinreicher Mann"
Eine amüsante Tonfilmgroteske
Stark reduzierte Eintrittspreise

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Lilian Harvey in
Zwei Herzen und ein Schlag
mit Albach-Retty, Otto Wallburg, Hans Valetti
dazu
Tonkabarett
mit Siegfried Arno, Trude Berliner, Paul Hörbiger, Paul Westermeier
Neueste Tonwochenschau

HAUS VATERLAND Kurfürstendamm 236
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine
LEBENSVERSICHERUNG
abschließen. Niedrige Prämiensätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.
Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a.d. Alster 57-61

Ein Nachwort

Zur Frage der Listenverbindung

Von Jacob Walcher

Für die Preußenwahl ist die Frage der Listenverbindung, soweit die SAP in Betracht kommt, praktisch gegenstandslos geworden. Nach dem preußischen Wahlgesetz ist eine zentrale Ausnützung der Reststimmen nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Kreiswahlvorschläge der Parteien, die für eine Listenverbindung in Frage kommen, einer gemeinsamen Landesliste angeschlossen werden. Das kommt selbstredend für die SAP nicht in Frage.

Es erscheint aber trotzdem nützlich, sich mit der Frage zu beschäftigen. Der letzte Berliner Bezirksparteitag zeigte, daß die Genossen sich für diese Frage lebhaft interessieren. Aus diesem Grunde und weil außerdem durch die Kürze der Berichterstattung in der SAZ die Ausführungen der Befürworter der Listenverbindung mißverständlich wiedergegeben sind, ist es notwendig, dazu noch einiges zu sagen.

Als sich der erweiterte Parteivorstand mit der Frage beschäftigte, bestand über die Rechtslage Unklarheit. Nur unter der Voraussetzung, daß das Wahlgesetz Listenverbindung nach zwei Seiten hin zuläßt, und daß die

Listenverbindung mit keinerlei politischer Bindung verknüpft

ist, hat der erweiterte Parteivorstand nahezu einmütig den geschäftsführenden Parteivorstand beauftragt, sowohl an den Vorstand der SPD wie der KPD mit dem Vorschlag der Listenverbindung heranzugehen.

Es waren vorwiegend taktische Erwägungen, die diese Haltung des erweiterten Parteivorstandes bestimmten. Die ultralinke Politik der KPD-Führung und die verräterische Instanzenpolitik der SPD gegen die wohlbegründeten Anklagen der SAP zu verteidigen, ist verdammt schwer. Erfahrungsgemäß sind daher die Strategen auf beiden Seiten bestrebt, sachlichen Auseinandersetzungen auszuweichen. Sie finden es bequemer, die SAP der „Zersplitterung" zu beschuldigen und den Arbeitern einzureden, daß „die für die SAP abgegebenen Stimmen verloren" seinen. Das ist zwar in jeder Hinsicht ein lächerlicher Unsinn, aber man soll sich über die Wirkung einer solchen Argumentation nicht täuschen. Obgleich der Bankrott des Parlamentarismus offenkundig ist; obgleich unschwer zu erkennen ist, daß heute der parlamentarische Kampf herzlich wenig und die außerparlamentarischen Auseinandersetzungen alles bedeuten, betrachtet nur ein sehr geringer Teil von revolutionären Arbeitern die Stimmabgabe als reine Demonstration. Diese Erfahrug hat besonders die KPO gemacht. Als sie im Jahre 1929 bei der Landtagswahl in Sachsen nicht die für ein Mandat erforderliche Stimmenzahl aufbrachte, bekam sie ein Jahr später bei den Neuwahlen, obwohl sie inzwischen eine ziemlich ausgedehnte Organisation und eine Tageszeitung geschaffen hatte, nur noch etwa die Hälfte der vorjährigen Stimmenzahl.

Die SAP hat also allen Anlaß, die demagogische Agitation ihrer Gegner nach Möglichkeit zu durchkreuzen. Das Angebot auf Listenverbindung wäre hierfür — sofern die gesetzlichen Bestimmungen vorhanden gewesen wären — geeignet gewesen.

So nützlich indessen ein solches Manöver sein mochte, es wäre für eine revolutionäre Partei unzulässig, wenn politische und prinzipielle Erwägungen dagegen sprechen würden. Von prinzipiellen Bedenken kann aber keine Rede sein. Es ist ein Reflex des ultralinken KPD-Kurses, wenn auch in unseren Reihen der eine oder andere die Listenverbindung für prinzipiell unzulässig hält. Die KPD selbst stand in dieser Frage bis zum Beginn der jetzigen ultralinken Aera auf dem Standpunkt, daß es sich bei der Listenverbindung um ein zulässiges und nützliches taktisches Mittel handelt. Auf dem **KPD-Parteitag, der in Essen im März 1927** stattfand, wurde z. B. folgendes beschlossen:

„Außerdem besteht in der Partei eine Tendenz gegen die Anwendung der Einheitsfront. Die mechanische Verneinung der Spitzenverhandlungen und ungeschickte Anwendung der Einheitsfronttaktik durch Aufstellung solcher Forderungen, die für die linksgestimmten sozialdemokratischen Arbeiter völlig unannehmbar sind. Diese Fehler und Mängel führen letzten Endes zur Verneinung der Einheitsfronttaktik, zur Isolierung der Partei vor den Arbeitermassen, zur Gefahr des Sektiererturns **(Beispiele solcher linker Fehler sind die Ablehnung der Reststimmenverbindung bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen,** der Widerstand gegen das Angebot der Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen)."

Um die früher in der Komintern vorhandene taktische Beweglichkeit zu illustrieren, hat Genosse Max Köhler — ohne sich damit irgendwie zu identifizieren — aus dem Protokoll des Zentralausschusses der KPD vom 9. und 10. Mai 1925 folgende Aeußerung des Exekutivvertreters zur Preußenpolitik zitiert:

„Aber es kann eine Lage kommen, wo eine solche Politik nötig ist, die eine Duldung des Kabinetts Braun bedeutet. **Ich kann erklären, daß die Komintern ausdrücklich die Zustimmung zu einer etwaigen Duldung der preußischen Regierung telegraphisch gegeben hat.** Wenn ihr nicht dieser Meinung seid, dann Genossen, schimpft nicht nur die Zentrale Verräter, sondern auch Stalin und Sinowjew, und das vertretet dann vor der Partei und der Oeffentlichkeit."

Es kann dahingestellt bleiben, ob die damalige Haltung der Exekutive der Komintern den Bedürfnissen der kommunistischen Bewegung entsprach. Jedenfalls aber zeigt dieses Beispiel, daß taktische Fragen nicht nach Schema F beantwortet werden können, und daß Revolutionäre verpflichtet sind, die taktischen Maßnahmen aus jeder konkreten Situation selbst abzuleiten.

Welche taktischen Erwägungen für die Haltung des erweiterten Parteivorstandes maßgebend waren, haben wir bereits gesehen. Daß prinzipielle Bedenken nicht bestehen, haben wir bewiesen. Bleiben noch politische Erwägungen. Wir klagen die SPD an, daß sie um der Erhaltung ihrer Positionen in Preußen willen den Brüningkurs im Reiche unterstützt, und daß sie auf diese Weise die Verelendung der breiten Massen begünstigt, die Zerklüftung der Arbeiterklasse vertieft und den Faschismus in der denkbar wirksamsten Weise fördert. Wir beweisen, daß die SPD auf Gedeih und Verderb mit dem kapitalistischen Staat verbunden und deswegen genötigt ist, bei jedem gegen die Arbeiterklasse gerichteten Schlag Hilfsstellung zu gewähren.

Konnte und durfte in einer solchen Situation die SAP nicht nur der KPD, sondern auch der SPD Listenverbindung anbieten? Darauf ist zunächst zu antworten, daß die objektive Rolle der SPD sich seit den Tagen Noskes gleichgeblieben ist. Die konterrevolutionäre, arbeiterfeindliche SPD-Politik kann also heute so wenig wie vor Jahren ein Grund für die Nichtanwendung der Einheitsfrontpolitik sein. Die in Aussicht genommene Listenverbindung war eine Form der Einheitsfrontpolitik, die das Herankommen an die sozialdemokratischen Arbeiter und somit die Bildung der außerparlamentarischen Einheisfront erleichtert hätte. Dies um so mehr, als mit Sicherheit anzunehmen war, daß die SPD-Bonzokratie Listenverbindung mit der SAP unter allen Umständen ablehnen würde und mit Rücksicht auf ihre Koalitionsgenossen ablehnen müßte.

Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur die Situation in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen vorzustellen, um zu verstehen, daß die vom Parteivorstand in Aussicht genommenen Maßnahmen unseren Genossen eine überaus günstige Position verschafft hätten, und daß sie im Endeffekt nicht auf eine Schonung, sondern auf die allerwirksamste Bekämpfung der klassenverräterischen SPD-Politik hinausgelaufen wären.

Französische Munition für Hitler?

Ein offener Brief an Severing, Groener und Brüning

Die Gruppe revolutionärer Pazifisten teilt uns mit, daß sie den folgenden Brief an Severing, Groener und Brüning gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr Minister!

Die unterzeichnete Gruppe hält es für ihre Pflicht, Ihnen bekanntzugeben, daß laut Nr. 16, Seite 4 der französischen kriegsgegnerischen Wochenzeitung „La Patrie Humaine" vom 19. März 1932 (17, Rue Grange-Bateliere, Paris) die angesehene pazifistische Vorkämpferin Marcelle Capy auf einer Redetournee durch Nordfrankreich öffentlich erklärt hat: Herr Hitler werde von Schneider, dem Inhaber von Le Creusot und von Skoda-Pilsen, nicht nur subventioniert, sondern auch mit Sprengstoffen versorgt (Artillerie-Geheimpulver BM 11 und BM 13), und zwar im Einverständnis mit der Regierung Tardieu-Laval. *)

Marcelle Capy, eine unzweifelhaft seriöse Persönlichkeit, äußerte dies, unter Berufung auf eine Kammerrede des sozialistischen Abgeordneten Paul Faure, in Versammlungen jener „Ligue Internationale des Combattants de la aPix", (Internationaler Verband der Friedenskämpfer), deren Ehrenpräsident Romain Rolland ist und mit der die unterzeichnete Gruppe freundschaftlich zusammenarbeitet. Die „Ligue Internationale des Combattants de la Paix", in schärfstem Gegensatz zu gewissen scheinpazifistischen Kreisen Frankreichs, bekämpft die These von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, tritt für Revision des Versailler Vertrages ein und lehrt, daß totale Abrüstung die beste Sicherheit ist.

*) „Marcelle Capy précise ses accusations en montrant que Hitler est, non seulement, subventionné par Schneider, propriétaire du Creusot et de la Skoda de Pilsen, mais encore armé en explosivs (poudre d'artillerie secrétes BM 11 et BM 13) par le même Schneider avec l'autorisation du gouvernement Tardieu-Laval." („La Patrie Humaine" an der angegebenen Stelle.)

Wir können nicht annehmen, daß eine so ernsthafte Organisation wie die „Ligue Internationale" und eine so bedeutende Führerin wie Marcelle Capy derart ungeheuerliche Anklagen ohne gründliche Prüfung erheben. Der Abgeordnete Paul Faure aber, unserer Information nach, hat seine Behauptungen durch die Photographie eines ministeriellen Briefes an Herrn Schneider-Creusot erhärtet, die er am 11. Februar auf den Tisch der Kammer niederlegte. Widerspruch ist nicht erfolgt. Der französische Kriegsminister hat zugegeben, daß es sich um geheimes Artilleriepulver handelt.

Nach § 1 des Sprengstoffgesetzes vom 9. VI. 1884 ist „der Besitz von Sprengstoffen sowie die Einführung derselben aus dem Auslande nur mit polizeilicher Genehmigung zulässig". (Die Einschränkung durch Absatz 3 kommt nicht in Frage.) Es erscheint uns ausgeschlossen, daß Herr Hitler oder seine Hintermänner zur Einfuhr französischer Sprengstoffe die Genehmigung der preußischen Polizei oder der Polizei eines der andern deutschen Länder nachgesucht und erhalten haben. Wir gestatten uns gleichwohl, anzufragen, ob sie erteilt wurde; wenn dies, wie wir keinen Augenblick zweifeln, nicht der Fall war: was, sehr geehrter Herr Minister, gedenken Sie dann zu tun? Mehrfach sind letzthin Arbeiter, bei denen nur ganz geringe Mengen Sprengmaterial gefunden worden waren, zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden; wir können nicht annehmen, daß Herr Hitler heute schon als unverantwortlich über dem Gesetz steht.

Empfangen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Gruppe Revolutionärer Pazifisten.
im Auftrage: Dr. Kurt Hiller, Eugen Brehm, Prof. Alfons Goldschmidt, Walter Karsch, Rudolf Leonhard-Paris, Walter Mehring-Paris, Kurt Zornig-Hamburg.

Japanischer Angriff abgeschlagen

Moskau, 5. April 1932

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai unternahmen gestern die japanischen Truppen plötzlich einen allgemeinen Angriff auf die chinesischen Stellungen bei Schanghai. Der Angriff, der etwa zwei Stunden andauerte, verlief nach drei verschiedenen Richtungen. Er wurde von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen.

Am Montag trafen in Charbin 2000 Mann japanischer Truppen aus Tschangtschun ein, die für Schanghai bestimmt sind.

USA im Kampf um die Flottenbasis in Ostasien

Washington, 5. April 1932

Das amerikanische Abgeordnetenhaus hat sich, wie gemeldet, für die Unabhängigkeit der Philippinen ausgesprochen, obwohl Staatssekretär Stimson vorher verschiedentlich erklärt hatte, daß die Durchführung eines solchen Beschlusses den Philippinen unermeßlichen wirtschaftlichen Schaden bringen würde. (Soviel Sorge!) Die Regierung Hoover ist jedenfalls entschieden gegen den Plan, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Präsident sein Veto einlegen wird. Die Vorlage dürfte in Kürze auch im Senat eingebracht werden. Nach dem Entwurf würde es der philippinischen Bevölkerung überlassen bleiben, sich eine eigene Verfassung zu geben und die Geschäfte des Landes so lange selbst zu führen, bis die völlige Unabhängigkeit hergestellt worden ist.

General Feng ist erneut zum Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen ernannt worden. Er soll den Aufstand bei Loyang (Hauptstadt der chinesischen Republik) unterdrücken. General Jenhsischan hat den Vorschlag der chinesischen Regierung, den Oberbefehl über die chinesischen Truppen in Peking zu übernehmen, abgelehnt.

Das Gesicht der Eisernen Front

Den nachstehenden Artikel hat ein Parteigenosse dem „Volkslehrer", dem Organ der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt. Die Redaktion hat indessen die Aufnahme verweigert.

In dem Leitartikel des „Volkslehrer" vom 7. Februar hat Koll. Riggert, Schriftleiter des „Volkslehrer", die Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft in Bausch und Bogen an die „Eiserne Front" verhökert. Sein Treuschwur hallte zum wolkenverhangenen Himmel, aus dem die Blitze der Notverordnungen zucken. Er sprach für uns alle. Für uns alle? Es erscheint notwendig zu erklären, daß dieser Aufruf des Schriftleiters von vielen Kollegen „eisern" abgelehnt wird.

*

Warum wehren wir uns gegen diese Vergewaltigung? Wir sehen wir die „Eiserne Front"?

Die Eiserne hat einen Januskopf. Das eine Gesicht ist sympathisch; es trägt die Züge organisierter Gewalt und nicht mehr den Schleier der parlamentarischen Demokratie. Vielleicht sieht Kollege R. so die Eiserne Front; nur so. Dann muß ihm das andere Gesicht gezeigt werden, ihm und den vielen, die der Fratze des anderen Antlitzes geopfert werden sollen.

*

Nachdem das „8-Uhr-Abendblatt" die Parole erfunden hatte, haben die „freien Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Arbeitersportler, das Reichsbanner und die SPD die „Eiserne Front" gegen den Faschismus gebildet". Alfred Kerr hat ihr ein begeistertes Gedicht im „Berliner Tageblatt" gewidmet und auch Helmut von Gerlach hat ihr ein Loblied gesungen. Diesen Bürgern bedeutet die „Eiserne" keineswegs „Schrecken und Graus". Im Gegenteil, sie stellen frohlockend fest, daß sich der Höltermann-Block zur Rettung der kapitalistischen Republik mit ihnen zusammengetan hat. Auf einem Diskussionsabend der Deutschen Liga für Menschenrechte hat Gerlach die Zielsetzung, die der Koll. R. der Eisernen Front gibt, längst als Illusion deutlich gemacht: „Es gibt nur eine Möglichkeit, Hitler zu verhindern: man muß sich mit aller Energie für die Regierung Brüning einsetzen." Das ist das andere Gesicht: eiserne Fortsetzung der unseligen Tolerierungspolitik. Dafür hat Koll. R., als er uns ungefragt in sein Treuegelöbnis mit einbezog, uns verpflichten wollen. Wir danken.

*

Andere auch. Viele Sportkartelle, Ortsausschüsse der verschiedenen Gewerkschaften, Teilorganisationen lehnen solch eine Mobilmachung ohne zielklare sozialistische Parolen mit aller Energie ab. Koll. Emonts, Vorsitzender der freigewerkschaftlichen Bankbeamtenorganisation, stellt nach dem Bericht in der „Sozialistischen Arbeiterzeitung" vom 29. Januar fest: „Diese Eiserne Front ist sachlich nichts anderes als eine Umetikettierung für die Partei des „kleineren Uebels", als eine Paradetruppe für die Wiederwahl Hindenburgs."

*

Das ist noch ein besonderer Zug im Bürgergesicht der „Eisernen". Sie marschiert für Hindenburg mit der vereinigten Reaktion unter den schwarzrotgoldenen Bannern des neudeutschen Imperialismus in nationaler Einheitsfront mit Leipart und Noske an der Spitze geradenwegs in die Volksgemeinschaft hinein. Ihr Stechschritt wird zum Parademarsch für Kapitalismus und Krieg, und ihre Internationale hat einen neuen Text: „Wir sind noch nie so weit entfernt gewesen von jener Bahn, die uns geführt Lasalle!"

*

Das andere Gesicht der Eisernen Front hat also entschieden „nationalsympathische" Züge. Das Wort stammt aus dem Sprachsatz der NSDAP. Es ist mehr als eine sprachliche Neuschöpfung, es ist der Ausdruck innerer Verwandtschaft. Und dieses Wort steht in denkbar schärfstem Gegensatz zum 1. Programmpunkt unserer Gewerkschaft: „Die AFLD geht davon aus, daß eine grundsätzliche Verständigung zwischen Kapital und Arbeit nicht möglich ist." Dieser Satz spricht eine verständliche Sprache. An ihn wollen wir uns halten. Dann werden wir als freigewerkschaftliche Lehrer wissen, daß wir nicht in die eiserne republikanische Kriegsfront, sondern in die Front der Arbeit, in die sozialistisch-revolutionäre gehören.

Hermann Lücke.

Graf Ottokar Czernin, der Außenminister des kaiserlichen Oesterreich und Vertrauensmann des damaligen Thronfolgers Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist 59jährig einem Herzschlag erlegen.

Erwerbslosensiedlung – ein Ausweg?

Berlin, den 5. April 1932

Man kann auch ohne komplizierte Rechen-xempel erkennen, daß die sog. Erwerbslosen-iedlung ein von vollständigen landwirtschaft-chen Laien am grünen Tisch und in höchster erzweiflung zusammengepfuschtes Angst-rodukt ist. Es ist ein Unfug, auf 4 Morgen and (10 000 qm oder 1 Hektar) eine Familie rnähren zu wollen, wenn dazu noch jeder uadratmeter, jeder Stein überschuldet und erpfändet ist. Dazu gehören 40 000 Mark, m mit Treibhaus, Glaskulturen, Elektrizität, ieferauto usw. anzufangen, und vor allem ein uf der Höhe stehender Gemüsezüchter. Und chließlich auch nur an der Peripherie der roßstadt. Ohne eine solche Industrialisierung nd 4 Morgen überhaupt ein Nonsens.

Ueber die Stadtrandsiedlung mit Laube nd etwa 600 qm Pachtland braucht kein Wort erloren werden; sie ist volkswirtschaftlich hne jede Bedeutung und eigentlich nur ge-acht, um den Arbeitslosen „vor Verzweiflung u bewahren". Und auch als Medizin ist sie n heutigen Zerfallstadium des Kapitalismus ehr als zweifelhaft.

Auch bei Vieh- und Geflügelzucht — auch it einigem Kapital angefangen — würden ie Hineingelegten recht bald erkennen, daß **ie Aufwendungen an Geld, Mühe und Arbeit öher waren als der Erlös.** Denn die Klein-er- und Geflügelzucht ist just so bankrott als er Kapitalismus überhaupt.

Eine „Wirtschaft" von 4 Morgen ist ohne espann, Pflug und einiger maschineller Ein-chtung nicht zu bewältigen, würde aber auch it diesen — auch bei normaler Intensivkultur – keine Familie ernähren. Als ebenerwerb wieder ist sie zu groß. Mit Spa-en und Gießkanne könnte man allerhöchstens ½ Morgen (1250 qm) bearbeiten, wenn jede reie Minute drangesetzt wird und wenn Frau nd Kinder ständig und flott mitarbeiten. Bei edem der 150 000 Berliner Kleingärtner hat-en die ministeriellen Projektemacher sich Rat olen können.

Es ist bedauerlich, daß die KPD (resp. ihr Kollektiv für sozialistisches Bauen") in der ersammlung „Arbeitslosensiedlung — ein usweg?" im Berliner Westen (!) mit 4 Re-erenten am Dienstag, 23. November, von die-em Angstprodukt nicht eindeutig und grund-ätzlich abrückte. Die ersten beiden „Referen-en" lasen den Hörern vor, daß bei dieser Sied-ung „bei einigem guten Willen" doch einige ilfe, zumindest „einige Ordnung" möglich ei! Heiliger Strohsack! Nichts anderes will er Kapitalismus mit seiner Bretterbuden-iedlung als „Ordnung", Ordnung, wie sie die ongoneger führen, seit sie unter europäischer Kultur" stehen. Wenn die letzten beiden in blehnendem Sinne vorlasen und auf Rußland erwiesen, so war dies keine genügende iderlegung der ersten beiden „Kanonen", nd eher als Kompromisseln aufzufassen. ieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, aß der Versammlungsleiter einen Diskussions-edner, einen praktischen Landwirt, der das roblem aus kommunistischen (marxistischen) esichtspunkten aufzurollen begann, so lange nterbrach, bis er von der Bühne abtrat. An-eblich wurde er unterbrochen wegen der vor-erückten Zeit (kurz nach 22 Uhr). In Wirk-chkeit wohl, weil durch dessen grundsätz-iche Stellungnahme die beiden „Kanonen" iderlegt worden wären.

Die bisherige Ansetzung von Kleinsiedlern uf derartigen Miniaturwirtschaften kann für ie Erwerbslosensiedlung nicht als Maßstab erangezogen werden. Die Hunderttausende on Mark, die Preußen seit 1925 in diese sog. iedlung steckte, wurden im Interesse des grarischen Großkapitals geopfert. Zu einem eil, soweit es sich um die Errichtung wirk-icher bäuerlicher Wirtschaften handelt, er-ielten sie vom rheinisch - westfälischen rubenkapital enteignete Großbauern im aterländischen Interesse". Den ostelbischen unkern wurden mit Staatsmitteln exorbitante reise für ihr Land bezahlt. Den andern Teil rhielten die Junker auf andere Weise als in-irektes Geschenk. Die Siedler, größtenteils andarbeiter, die in das Stückchen Land und n die Hütte die Ersparnisse ihres ganzen Le-ens, und oft die von Verwandten gesteckt aben, können sich auf der kleinen Klitsche icht ernähren und sind auf Gedeih und Ver-derb auf Lohnarbeit bei ganz bestimmten, in der Nähe ansässigen Junkern angewiesen. Sie sind noch mehr versklavt als die direkten, halbleibeigenen Land-proletarier. Sie müssen kuschen um jeden Preis. Jedes Aufbegehren bedeutet den Verlust „ihrer" Parzelle, ihrer Habe und vieljähriger Arbeit dazu. Denn die Klitschen sind samt und sonders bis über die Ohren verschuldet. Die Landarbeiter selbst können weglaufen, die Siedler sind an ihr vermeintliches Eigentum gefesselt.

Mehr als 90 Proz. dieser von der maßgebend sozialdemokratisch beeinflußten Preußenregierung angelegten Siedlungen befinden sich denn auch in Ostelbien, resp. in der Nähe von junkerlichen Großbetrieben. Das beweist wohl den Zweck.

Nun ist es aber nicht so, daß die Siedlung auf den Osten angewiesen wäre. Es gibt in Deutschland 500 000 ha Oedland, 500 000 ha Hutungen und Niederweiden, 600 000 Hektar Bruchland und 3½ Millionen Hektar Moore. Das ist zusammen eine Fläche, reichlich so groß als die Provinz Brandenburg oder fast dreimal so groß als der sozusagen Freistaat Sachsen. Die Oedländereien, größtenteils Lüneburger Heide, wären — eine vernünftige, naturgemäße Wirtschaft vorausgesetzt — in hygienischer und meteorologischer Hinsicht lebensnotwendig zur Aufforstung. Die andern, vor allem die Moore, könnten zur Bodenkultur urbar gemacht werden. Wie die bestehenden kleinen Moordammkolonien beweisen, ergeben sie nach der Melioration einen Boden von fast tropischer Fruchtbarkeit. Wäre von den Liebesgaben an die Ostelbier und den Osthilfen nur ein Teil hineingesteckt, es hätten damit sehr gut einige 10 000 Landarbeiter und kleinbäuerlicher Nachwuchs angesiedelt werden können. Allerdings nicht als winzige „Eigentümer", sondern als große Kollektiven mit technischer Intensivkultur. Die Moore liegen aber in West- und Nordwestdeutschland. Die Junker hätten dadurch keine billigen Arbeitskräfte, wohl aber Konkurrenten bekommen.

Ganz abgesehen davon, daß ein kapitalistisches Regime nie etwas unternehmen wird, was nicht im Interesse des Agrarkapitals liegt, ist der Kapitalismus zur Bewältigung derartiger Probleme nicht mehr fähig. Seine Siedlungsquacksalbereien sind nur noch Bluff, um den Massen Sand in die Augen zu streuen und sie vom Klassenkampf abzulenken. Nicht herumflicken an dem morschen, kapitalistischen System, sondern dessen Ueberwindung ist die Losung!

Rudolf Pienkowski.

Neuer Lohnabbau — leider nicht „unmöglich"

„Ein unmöglicher Schiedsspruch und seine unmögliche Begründung". Mit diesem Jammerruf überschreibt der „Vorwärts" die Meldung über den Schiedsspruch im Baugewerbe. Das reformistische Zentralorgan stellt sich dümmer, als es ist. Der Lohnabbau-Schiedsspruch und seine Begründung beweisen schon durch ihr Vorhandensein, daß so etwas nicht „unmöglich" ist. Die Frage aber ist: **Warum ist ein solcher Schiedsspruch und eine die ganze Arbeiterschaft verhöhnende Begründung möglich?** Denn es ist geradezu eine höhnische Provokation, wenn es in dem Schiedsspruch heißt:

„Die Kammer konnte aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Bauarbeiterlöhne in Berlin in einer Höhe aufrecht erhalten werden, für die die ökonomischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Ein Bauarbeiterlohn von 1,25 M. für die Stunde ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr tragbar. . . Die vorgeschlagene Lohnverminderung wird zwar keine wesentliche Veränderung des Baumarktes bringen . . . **Eine weitergehende Senkung der Löhne wäre nur möglich, wenn gleichzeitig für eine ausreichende Beschäftigung der Bauarbeiter gesorgt würde.**"

Daß sich die Schlichtungsbehörde eine derartige Brüskierung der Arbeiterschaft leisten kann, daran trägt die SPD- und ADGB-Politik die Hauptschuld. Sie, die reformistische Führung, toleriert die Lohnabbauregierung Brüning bedingungslos. Sie setzt sich seit Jahr und Tag bedingungslos für die Anerkennung und Verteidigung des Schlichtungswesens und aller Zwangsschiedssprüche ein. Die Grundlage ihrer Politik und Taktik ist seit 1914, genau wie es in der Begründung heißt: „Die Rücksicht auf die ökonomischen Voraussetzungen," das heißt, die Rücksicht auf die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft. Die reformistische Gewerkschaftsführung ist es auch, die sich trotz völlig veränderter Situation gegenüber der Vorkriegszeit heute beharrlich der längst notwendigen Aenderung der Gewerkschaftstaktik widersetzt. Sie ist es, die jeden ernsthaften Klassenkampf, den notwendigen Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel auf politisch-außerparlamentarischem Gebiet verhindert und alle revolutionären Gewerkschafter, die das fordern, mit den schäbigsten Mitteln verfolgt und aus den Verbänden ausschließt.

Das ist die Ursache derartiger Schiedssprüche, deshalb ist immer weiterer Lohnabbau „möglich". Die reformistische SPD- und Gewerkschaftsführung hat mit ihrer Politik die Widerstandskraft des Proletariats gehemmt und zerschlagen.

Der Bauarbeiter-Schiedsspruch ist daher eine Lehre und ein Signal für die ganze Arbeiterklasse: **Radikalen Kurswechsel der ganzen Gewerkschaftspolitik. Schluß mit der Tolerierungs- und Schlichtungspolitik. Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel in breiten Massenaktionen der ganzen Arbeiterklasse.**

*

Die „Rote Fahne" hat gegenüber diesem Schiedsspruch nichts anderes als ihre stereotyp zu allen Situationen wiederholten Parolen: „Wählt Kampfausschüsse, organisiert den Kampf" und „Es gibt nur eine Kraft — die RGO und der ihr angeschlossene Einheitsverband für das Baugewerbe". Diese RGO-Parolen sind genau so viel wert wie das „Unmöglich"-Gejammer des „Vorwärts". Denn in beiden Fällen geschieht praktisch nichts.

Immer neuer Unterstützungsraub

Selbsterwerbung von Holz und Arbeitslosenversicherung

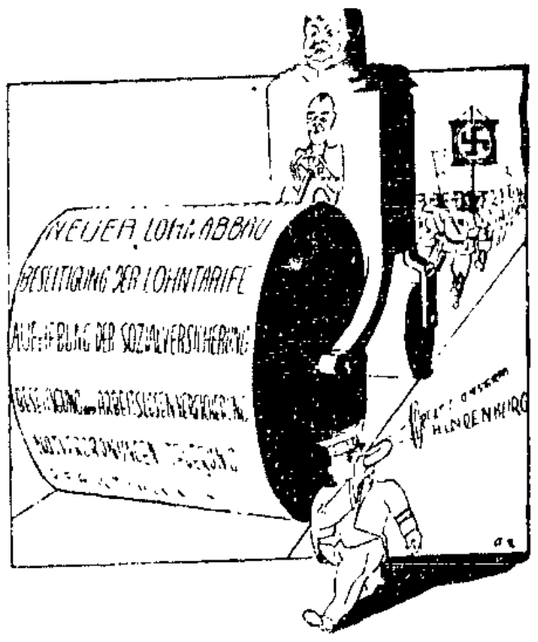
Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Die nachfolgenden Ausführungen sind für alle Arbeitslosen von größter Wichtigkeit. Nach den Bestimmungen im § 112 des Gesetzes über AVAVG muß sich der Arbeitslose u. a. anteilig auch das anrechnen lassen, was er durch selbständige Arbeit verdient, sofern diese Arbeit den Umfang geringfügiger Arbeit überschreitet. Einzelne Arbeitsämter stehen nun auf dem Standpunkt, daß die Holzwerbung für den eigenen Haushalt eine selbständige Arbeit darstellt, die wegen des damit verbundenen Verdienstes auf die Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung anzurechnen ist. Einfach liegt die Sache beim Holzsammeln auf Lesezetteln der Förstereien. Die Handkarre mit dem wenigen Sprockholz stellt keinen anrechnungsfähigen Wert dar und eine Anrechnung unterbleibt, weil die 20prozentige Grenze für Nebenverdienst nicht einmal erreicht wird. Aufmerksam werden die Arbeitsämter, wenn es sich um Selbstwerbung von Stock- und Reiserholz handelt, weil dann in den allermeisten Fällen ein Fuhrwerk genommen werden muß, um das sauer erworbene Holz heimzuschaffen. Es ist nun vorgekommen, daß Arbeitsämter in solchen Fällen die Unterstützung kürzten, mit der Begründung, daß es sich hier um einen anrechnungsfähigen Verdienst aus selbständiger Arbeit handelt.

Diese Auffassung ist ebenso unrichtig wie bürokratisch und stellt darum praktisch eine grundlose Verärgerung des ohnehin schwer um seine Existenz ringenden Arbeitslosen dar. Wenn die beanstandete Auffassung richtig sein sollte, dann würde jede Gartenarbeit, jede Arbeit auf dem Stückchen Pacht- und Eigenland anrechnungsfähig werden. Ein Arbeitsloser, der auf städtische Wasserversorgung verzichtet und sich das nächste klare Flußwasser holt, würde u. E. bei derartiger Prinzizienreiterei „selbständig mit Verdienst" tätig gewesen sein, da er sonst Wassergeld bezahlen müßte. Ein solches Verfahren würde eine Verkennung der klaren Begriffe bedeuten. Wer nun für den Haushalt Holz oder Kartoffeln durch selbständige Arbeit erwirbt, hat wohl einen eigenen wirtschaftlichen Vorteil, aber noch keinen Verdienst. Dieser tritt erst ein, wenn die Selbstwerbung einen solchen Umfang annimmt, daß eine Abgabe gegen Entgelt an Fremde erfolgt. Solange ein solcher Verdienst aus der selbständigen Arbeit unmittelbar im oder für den Haushalt nicht erreicht wird, kann u. E. eine Anrechnung auf die Unterstützung nicht erfolgen. Wir haben berechtigten Grund zu der Annahme, daß auch der Präsident des Landesarbeitsamtes zu unserer Auffassung neigt. Sollten an einzelnen Orten die Arbeitsämter anders wie vorstehend dargelegt, verfahren, so empfehlen wir in allen Fällen den Spruchausschuß des zuständigen Arbeitsamtes anzurufen. Dabei ist es ratsam, jeweilig die Mitwirkung des zuständigen Gewerkschaftsvertreters in Anspruch zu nehmen.

Gesamtverbands-Generalversammlung

Berichtigung. Im gestrigen Bericht der „SAZ" ist irrtümlicherweise der Kollege Siemsch als Diskussionsredner genannt worden. Es muß aber Stiehm heißen. Also nicht Siemsch, sondern Stiehm hat in der Diskussion die Vorstandspolitik verteidigt.

Die wirkliche Eiserne Front



Kohlenkrieg in Sicht

Englische Zechenmagnaten fordern Gegenmaßnahmen

TU. **London**, 5. April 1932

Der Verband der englischen Kohlenbergwerksbesitzer hat für den Mittwoch eine Sondersitzung seiner Mitglieder in London einberufen, um die deutschen und belgischen Kohleneinfuhrbeschränkungen zu erörtern. In der Mitteilung, in der die Sitzung angekündigt wird, heißt es, daß die englische Kohlenindustrie es auf keinen Fall erlaube, sich die Lage aus den Händen gleiten zu lassen. **Wenn nicht ohne weiteres eine für alle Teile befriedigende Regelung erreicht werde, so müsse die englische Regierung sofort von den ihr im Einfuhrzollgesetz erteilten Vollmachten zur Erhebung von Sonderzöllen bis 100 vH. gegen solche Länder, die englische Waren unterschiedlich behandeln, Gebrauch machen.**

Auf das, einer Prüfung unterzogene deutsch-belgische Abkommen hinweisend, fährt die Erklärung fort: Die weiteren Einschränkungen zeigen, daß trotz des Protestes der englischen Regierung die bestehende unterschiedliche Behandlung der englischen Kohle durch Belgien zu Gunsten der deutschen Einfuhr noch verschärft worden ist. Was Deutschlands eigene Einschränkungsbestimmung für die englische Kohleneinfuhr betrifft, die einen Bruch ihrer Vertragsverpflichtungen darstellt, so ist trotz der englischen Vorstellungen noch keine zufriedenstellende Antwort Deutschlands eingetroffen.

Urlaubsabkommen im Ruhrbergbau

Die bürgerliche Korrespondenz Hofrichter meldet:

Am Dienstag haben im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen über das Urlaubsabkommen im Ruhrbergbau stattgefunden. Sie sind ergebnislos verlaufen.

Die Entscheidung steht nach den gesetzlichen Bestimmungen dem Reichsarbeitsminister zu. Mit Rücksicht darauf, daß der Reichsarbeitsminister selbst im Wahlkampf tätig ist und auch der Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Sitzler, von Berlin abwesend ist, ist mit der Möglichkeit einer Verzögerung der endgültigen Entscheidung zu rechnen.

Rheinschiffahrt-Streik in Holland

TU. **Amsterdam**, 4. April 1932.

Am Montag früh hat der vom Zentralverband der Transportarbeiter und dem christlichen Transportarbeiterverband nach Mißlingen der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern, die bekanntlich eine Kürzung der Löhne um 15 Proz. fordern, ausgerufene Streik auf den Rheinschleppdampfern begonnen. Von dem Streik werden etwa 900 Mann auf einigen hundert Schleppdampfern betroffen. Der größte Teil der Betroffenen befindet sich aber noch auf Fahrt. In Rotterdam konnten 15 Dampfer nicht auslaufen. Auch in Dortrecht hat der Streik begonnen, ohne jedoch bisher einen größeren Umfang anzunehmen. Die Besatzung einiger Schleppdampfer der Neederlandsche Rheinschiffahrtsvereniging und der Gesellschaft Vulkan, die sich augenblicklich in den Ruhrhäfen befinden, hat sich geweigert, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und ist mit der Bahn nach Rotterdam zurückgefahren.

Tarifkündigung in der Binnenschiffahrt

Hamburg, 5. April 1932

In der Binnenschiffahrt wurden die Lohn- und Manteltarifverträge für die Bezirke der Elbe, Oder und Märkischen Wasserstraßen von den Arbeitgebern zum 30. April d. Js. gekündigt. Am 11. April sollen Verhandlungen über den Manteltarifvertrag für die Elbeschiffahrt stattfinden.